

Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: Pionierschule Nr. 32
Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften
Telephon für Redaktion und Expedition 3290
Nr. 3
Samstag, Sonnabend den 19. Januar 1918
9. Jahrgang

Was wir erobern wollen

Die ganze Welt steht im Kriege gegen die Mittelmächte. Die europäischen Großmächte und sechs europäische Kleinstaaten nützen ihre ganze Volkskraft aus, um Deutschland und Oesterreich-Ungarn niederzulämpfen. Die überseeischen Zeitungen Englands und Frankreichs kämpfen gegen uns: Kanadier, Australier, Neuseeländer, Buren, Hindus, Berber aus Ägypten, Neger aus Senegambien kämpfen und sterben auf dem großen Schlachtfeld zwischen der ständischen Küste und dem Rarane der Vogeien. Die mächtigen Vereinigten Staaten bilden ein Millionenheer aus, das unsern europäischen Feinden zu Hilfe eilen soll. Ihre gewaltige Industrie rüstet gegen uns Waffengeräte, Schiffe und Flugzeuge in Mengen, die sie nur irgend zu bewältigen sind. Die südamerikanischen Republikanten haben uns den Krieg erklärt, Japan und China stehen im Kriegszustand gegen uns. Es ist keine Ueberschätzung mehr, zu sagen, daß

die ganze Welt gegen Deutschland und seine Verbündeten vereint ist! Dieser Weltkoalition stehen Deutschland und Oesterreich mit dem kleinen Bulgarien und der durch drei schnell aufeinander gefolgte Kriege geschwächten Türkei allein gegenüber. Es ist ein Wunder, daß sie sich dieses Ansturms der übermächtigen Koalition erwehren können. Ein Wunder um so mehr, da uns die Zufuhr aller Lebensmittel und Rohstoffe durch die Seeherrschaft des Feindes gesperrt ist! Nur Opfer, Sondergleichen, Opfer, an deren Nachwirkungen viele Generationen mit tragen werden, machen dieses Wunder möglich. Aber den alldeutschen Scharfmachern und Reaktionsären genügt es nicht, daß sich die beiden perleichenen Ketten Mittteleuropas im Kampfe wider die ganze Welt behaupten. Nein, sie wollen viel mehr! Sie wollen die ganze Welt besiegen.

Die ganze Welt auf die Knie zwingen. Sie träumen noch immer von Annexionen in Osten, Westen und Süden, oder tun doch so; möchten noch immer große reiche Länder einnehmen und den Feinden überdies Kriegsschadigungen und drückende Handelsverpflichtungen auferlegen. Was so ein rechter Alldeutscher ist, dem ist es — hübsch sicher im Hinterland natürlich — das reinste Kinderpiel, England und Amerika seinen Willen aufzuzwingen. Wir hören es ja immer wieder: nur noch ein paar Monate „durchhalten“, dann muß die ganze Welt vor uns kapitulieren! Man möchte es für Wahnsinn halten, sähe man nicht aus den Bilanz der Kriegsgewinner, daß der Wahnsinn Methode hat! Eine ganze Welt steht gegen uns im Kriege.

Wie ist das gekommen? Gewiß, der Kapitalismus ist des Krieges letzte Wurzel, der Imperialismus seine bewegende Kraft. Das britische Finanzkapital hat, vom französischen und amerikanischen unterstützt, den Weltbrand zusammengeschweift, der den gefährlichen Kontrurrenten niederringen soll. Über schließlich ist doch das Finanzkapital nicht allmächtig. Es hat kein Ziel, den Weltkrieg für seine Profite nicht erreichen können, wenn es ihm nicht möglich gewesen wäre, die Leidenschaften der breiten Volksmassen gegen Deutschland und Oesterreich aufzuputtschen. Nur weil die Volksmassen in England und Amerika, in Frankreich und Italien uns hassen und fürchten; nur weil sie glauben, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn Störer des Friedens seien, stets bereit, sich auf den Nachbarn zu stürzen, nur deshalb konnten die Stahl- und Bankmagnaten in London, Washington und Paris die ganze Welt gegen uns mobilisieren! Und daß wir in der ganzen Welt so verhaßt sind, ist zum guten Teile die Schuld derselben Leute, die heute noch nach dem „Siegfrieden“ mit Annexionen und Kontraktionen schreien!

Das deutsche Volk ist einmal das Volk der Dichter und Denker, das Volk der Idealisten gewesen. Deutschland hat die tiefste idealistische Philosophie hervorgebracht. Bis 1848 war das politische Denken des deutschen Volkes vom höchsten Idealismus beherrscht. Aber was das deutsche Volk von 1848 und in dem großen Sturmjahre selbst in höchster idealistischer Begeisterung vergebens zu erringen versuchte, das ward ihm, ward vielmehr seiner Bourgeoisie geschenkt durch die Staatskunst Bismarcks und die Siege Moltkes. Was der Idealismus nicht vermocht hatte, das hat eine Staatskunst vollbracht, die keine Ideale, sondern nur Interessen, keine sittlichen Ueberzeugungen, sondern nur die reale Macht der Kanonen und Bajonette in ihre Rechnung einstellte. Unter dem Eindruck dieser geschichtlichen Erfahrung schlug die Denkweise der deutschen Bourgeoisie in ihr Gegenteil um. Wer von Idealen redet, ist ihr ein Klipst, mer an sittliche Ueberzeugungen appelliert, gilt ihr als ein

Schwärmer. Die Politik dürfe sich nichts anderes zum Ziele setzen als die Macht und den Reichtum der eigenen Nation. Wer von den Rechten anderer Völker redet, ist ihr ein Narr. Macht ist ihr nichts als Bajonett und Kanon, Reichtum nichts als Geld und Bodenschätze. Wer sich das Vertrauen der Menschen, die Anerkennung der Völker erwerben will, ist ein Tor. Mögen sie uns hassen, wenn sie uns nur fürchten! Ist die Lösung dieser Denkweise im Verkehr mit den anderen Völkern. Das ist der

eigenstümliche Kern des „Alldeutschtums“! Aus einer sehr einseitigen und sehr oberflächlichen Beurteilung der Erfolge Bismarcks ist diese Denkweise geboren worden. Schon Bismarck selbst hat vor ihr gewarnt. Er warnte davor, nur die zählbaren und wägbaren Machtmittel zu sehen und die „Imponderablen“, die unwägbaren, aber darum nicht minder wirksamen Machtmittel, die geistigen Machtmittel, zu unterschätzen. Aber gerade aus diesem Bismarckwort haben die Alldeutschen nichts gelernt. Daß auch das Vertrauen, die Achtung, die Anerkennung der Nachbarn Völkern Quellen sind, haben die Alldeutschen nie verstanden. Sie kennen keine andern Machtmittel als die brutale Gewalt und keine andern Ziele als die, die der nackte Eigennutz des eigenen Volkes diktiert. „Mögen sie uns hassen, wenn sie uns nur fürchten!“ So haben sie es herausfordernd der ganzen Welt ins Gesicht geschleudert.

Und damit ist es ihnen in der Tat gelungen, mit der Furcht auch den Haß der ganzen Welt nicht nur auf sich zu lenken, sondern auf das ganze deutsche Volk, das allzulange ihnen in seinem Namen zu reden erlaubt hat. Der Weltbund gegen uns wäre nie zustande gekommen, hätte nicht die alldeutsche Rhetorik Tag für Tag alle Völker gegen uns aufgewiegelt!

Der Imperialismus kennt nirgends ein anderes Ziel als Profite, nirgends andere Zwecke als Macht. Aber wie gut hat es der englische Imperialismus stets verstanden, sich in das Bruntengewand der Moral zu hüllen und als der Völkerverfechter stilles Ueberzeugungen zu erscheinen! Er hat nie ein Land aus anderem Grunde geraubt, als um es zu befreien; nie aus anderen Gründen Gold- und Erzlager, Baumwoll- und Kautschukpflanzungen erobert, als um Freiheit, Christentum und Zivilisation auf der ganzen Erde zu verbreiten!

Der deutsche Imperialismus ist stolz darauf, daß er solche Heuchelei stets verschmäht hat. Er hat es alle Tage in die Welt hinausgeschrien, daß ihm alles recht ist, was Deutschlands Macht mehrt, und daß er auf nichts rechnet als auf die Furcht der Welt vor Deutschlands Heer und Flotte! Er hat ganz vergessen, daß es noch andere Machtmittel gibt als die militärischen; daß man nicht ungestraft die moralischen Ueberzeugungen herausfordert, die in den Völkern leben, und nicht ungestraft allen Völkern ankündigt, daß man das Interesse des eigenen Landes über alle allmenschlichen Werte stellt!

Diese Alldeutschen, die heute gegen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, gegen die Verständigung und Verständigung mit den Völkern toben, die selbst heute noch, in diesem Kriege gegen die ganze Welt, vom Schwert allein das

Heil erhoffen, sie haben den Haß der Welt erzeugt, der den Krieg der ganzen Welt gegen die Mittelmächte möglich macht! Gedenke ihrer herausfordernden Redensarten, mußt du von der englischen und der französischen Presse in der ganzen Welt verbreitet, überall als die Meinung des ganzen deutschen Volkes ausgegeben!

So ward in allen Völkern der Haß gegen uns so stark genährt, bis ein Volk nach dem andern in den Krieg gegen uns hineingezerrt werden konnte! Sie sind mitschuldig daran, daß wir heute uns gegen die ganze Welt wehren müssen. Nun kommen sie auch noch, selbst jetzt noch, um mit ihren Ueberzeugungen, mit dem Ueberwieg eines „Siegfriedens“, alle großen Völker der Erde, den Haß von neuem aufzustacheln!

Nein, die Eroberungen, von denen die Alldeutschen reden, brauchen wir nicht. Es sind ganz andere Eroberungen, die wir brauchen.

Eine Vergrößerung unseres Gebietes tut uns nicht n, aber das Vertrauen, die Achtung, die Zuneigung der anderen Völker müssen wir uns erobern, wo wir nicht dauernd Feindschaft mit der ganzen Welt leben wollen. Wir brauchen Eroberungen brauchen wir! Sie zu machen, ist jetzt günstigste Gelegenheit! Man zeige der Welt, daß die Alldeutschen kein Recht haben, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen! Daß wir das Selbstbestimmungsrecht unserer Nachbarn achten, auch wenn es nicht zu unsern Gunsten entscheidet! Daß wir unsere

Gegner nicht überflüssig noch vergewaltigen wollen, sondern uns mit ihnen redlich zu verständigen, beerd zu versöhnen wünschen! Daß wir unsere Zukunft nicht auf die Gewalt des Schwertes bauen wollen, sondern in haben an dem allen Völkern gemeinsamen Rechte, das in Zukunft jede Gewalt eines Volkes wider das andere ausüben soll! Nur so, nur durch völlige Abkehr von der alldeutschen Denkweise

können wir den Haß entwaffnen, der die ganze Welt gegen uns vereint hat!

Die Alldeutschen haben dem deutschen Volk Macht verliehen. Aber keines Volkes Macht ist fest begründet, wenn alle anderen Völker ihm feind sind. Die Alldeutschen haben uns wirtschaftliche Wohlfahrt versprochen. Aber der Haß ein schlechter Kunde, und zwingen kann man auch durch vollkommensten „Siegfrieden“ niemand, deutsche Waren beziehen.

Die alldeutsche Oster nach Macht und Reichtum hat die Gegenwelt dessen erreicht, was sie gewollt. Die furchtbare Erfahrung des Krieges zwingt das deutsche Volk auf neue Wege. Die Friedensverhandlungen sind die beste Gelegenheit, Welt zu beweisen, daß wir entschlossen sind, neue Bahnen gehen.

Darum fort mit dem Gerede von territorialen Eroberungen! Erobern wollen wir nichts als Freundschaft und Friede mit allen, allen Völkern der Welt!

Riga und die Letten

Wer bewohnt Rurland?

In Danzig wurde durch die bürgerliche Presse ein Beschluß der Rigaer Handelskammer verbreitet, nach dem deren Mitglieder „die enge Angliederung ihrer Vaterstadt und des Baltischen Landes an das großmächtige Deutsche Reich“ verlangen und „sich unter den Schirm und Schutz des deutschen Kaisers begeben wollen“.

In dem kritischen Augenblick, in dem die deutsch-russischen Verhandlungen von Drest-Vitonsk an dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in den besetzten Gebieten zu scheitern drohten, setzten die Versuche ein, um den „Willen“ dieser Völker künstlich zu konstruieren. Riga und Rurland werden ja seit längerer Zeit als „alter deutscher Boden“ dargestellt und im Reiche der Glaube verbreitet, als haben sie keine andere Sehnsucht, als den Anschluß ans Deutsche Reich. Wenige nur wußten, daß in den sogenannten russischen Ostprovinzen auch die Letten und Esten wohnen. Noch mehr mangelte es an Nachrichten über das Leben, Streben und Trachten dieser Völker. Und dennoch ist das von den Letten kompakt besetzte Gebiet mit seinem mehr als 63.000 Quadratkilometer großen Flächenraum erheblich größer als Belgien, Dänemark,

Serbien, die Schweiz und andere noch kleinere Länder. Griechenland ist ebenso groß wie Lettland und Bulgarien und auch Portugal sind nur anderthalb mal größer. Auch hinsichtlich seiner Einwohnerzahl (2.554.000) kann es sich nicht mit Norwegen, Dänemark, Griechenland, Serbien und Finnland stellen.

Das von den Letten bevölkerte Gebiet besteht aus Rurland, den vier südlichen Kreisen Livlands und Inskant (lettisch Satgale), d. h. aus den drei nördlichen Kreisen Provinz Witebsk. Dieses Gebiet zusammengefaßt heißt Lettland.

Es ist nun jedoch zu beweisen, daß wir dieses Land am Gestade des baltischen Meeres mit Recht Lettland nennen dürfen, daß es tatsächlich mehr von Letten, nicht von Deutschen bewohnt ist und daß überall die lettische Sprache gesprochen wird.

Wenden wir uns zunächst dem flachen Lande zu, wo die Mehrzahl der Bevölkerung lebt, die dem ganzen Lande ihre Charakteristik gibt. Wenn wir alle fremdstämmigen, im aktiven Kriegsdienst lebenden Männer, als zu den örtlichen Bewohnern nicht gehörig, in Abzug bringen, so ergibt sich

Den Ergebnissen der letzten Volkszählung vor dem Kriege, daß hauptsächlich ihrer Nationalität die ländliche Bevölkerung Litauens und Südlitauens folgende Zusammensetzung hat:

| | | | |
|---------|------------|--------|-----------|
| Litauer | 94,5 Proz. | Polen | 1,0 Proz. |
| Russen | 0,5 | Polen | 0,2 |
| Litauer | 2,2 | Polen | 1,0 |
| Juden | 0,5 | andere | 0,3 |

Es ergibt sich also, daß mehr als 94 Prozent der ländlichen Bevölkerung Litauens sind. Auch in den drei Kreisen Inflanzen bilden die Litauer die absolute Mehrheit der Bevölkerung.

Sind die Landgebiete Litauens durchaus lettisch, so bilden die Städte schon ein viel bunteres Bild hinsichtlich der Nationalität ihrer Bewohner. Und dennoch bilden die Litauer die absolute Majorität auch in 17 von den 28 Städten des südlichen Baltikums. In 6 Städten bildeten sie die verhältnismäßige Mehrheit und nur in 3 kurländischen Kleinstädten bilden die Majorität der Bevölkerung die Juden. Der Prozentsatz der Deutschen machte vor dem Kriege in 5 Städten weniger als 5 Prozent aus, in 9 Städten von 10—15 Prozent und nur in 3 Städten von 15—20 Prozent. In ganz Lettland gibt es keine Stadt, in der mehr als 25 Prozent Deutsche vorhanden sind. In Bezug auf die Russen sei gesagt, daß sie in 21 Städten weniger als 5 Prozent der Bevölkerung ausmachen und daß es in Lettland nur 2 Städte gegeben hat, in denen es mehr als 15 aber weniger als 25 Prozent Russen gegeben hat.

Eigentlich kommen nur einige größere Städte in Betracht als Sitz der nichtlettischen Bevölkerung Litauens. So zum Beispiel ergab die letzte Volkszählung in ganz Lettland nur 120 212 Deutsche — außerdem noch 15 000 deutschsprechende Juden — von denen 95 000 in Riga, Wilna und Libau wohnhaft sind. So finden sich 80 Prozent von allen in Lettland lebenden Deutschen in diesen drei Städten. Also kann eigentlich nur von diesen drei einigermaßen bedeutenden deutschen Kolonien in Lettland die Rede sein. Während in allen übrigen Städten und auf dem flachen Lande zusammen nur 24 212 Deutsche unter annähernd zwei Millionen Nichtdeutschen wohnen. Und doch bilden die Deutschen in diesen drei Städten nur einen verhältnismäßig geringen Bruchteil der Bevölkerung. So machte der deutsche Teil der Einwohner Rigas nach der Volkszählung vom 13. August 1917 nur 14,4 Prozent der Gesamtbevölkerung aus (die Litauen dagegen 54,7 Prozent), in Libau im September 1917 13,7 Prozent. Also auch in den Städten, in welchen vier Fünftel aller Deutschen wohnen, machen sie kaum den siebensten Teil der Gesamtbevölkerung und in ganz Lettland weniger als 6 Prozent aus. Der Prozentsatz der Russen und anderer Nationalitäten ist wie auf dem flachen so in den Städten noch geringer als der der Deutschen.

Doch kann nun die Frage erhoben werden, ob die Litauen genügendem Maße Kulturvolk sind, um das Schicksal ihrer Heimat selbstständig lenken zu können.

Um beispielsweise über die Bildungsstufe des lettischen Volkes zu urteilen, sei darauf hingewiesen, daß es unter den Literaten keine Analphabeten gibt. Es gibt zwar ältere Leute, die des Schreibens unkundig sind; doch lesen können alle. Auch man überhört noch Analphabeten antrifft, erklärte sich, daß die obigen Zahlen sich auf die Gesamtbevölkerung beziehen und daß unter den Russen und Juden verhältnismäßig viele Analphabeten anzutreffen sind. So sind in Ostlitauenland des Lebens und Schreibens unkundig 43,4 Prozent der Juden und 44,1 Prozent aller Russen.

An Bezug auf die Mittelschulen nimmt Lettland die dritte aller Kulturländer ein. Denn im Jahre 1910 gab es Lettland 98 Mittelschulen mit 22 000 Schülern, was eine Schule auf 26 000 Einwohner ausmacht. Mit Lettland hält dieser Beziehung nur Norwegen gleichen Schritt, wo auch auf 26 000 Einwohner eine Mittelschule kommt. Während in Belgien eine Schule auf 41 300 Einwohner, in Frankreich auf 44 600, im Deutschen Reich auf 54 100 Einwohner, in Österreich-Ungarn auf 63 700, Bulgarien auf 161 000 Einwohner usw. kommt.

Im Zusammenhang mit der Zahl der Mittelschulen steht auch die Zahl der lettischen Studenten. Im Jahre 1913 gab es auf den russischen Hochschulen 1850 lettische Studenten und außerdem besuchten Hunderte junger Letten Mittelschulen in Deutschland, Frankreich, in der Schweiz usw. Dieser betrügt die Zahl der studierenden Letten mehr als 2000. Während es auf den Universitäten Schwedens nur 1200 Studierende gibt, in Dänemark 1400, Norwegen 1400, Bulgarien 1400 usw. Die Zahl der Studierenden im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ist geringer als in Lettland noch mehreren großen Kulturstaaten, z. B. in Frankreich und Italien.

Als eine gewisse Charakteristik der Letten der letzten Jahre 1913 erschienen in lettischer Sprache 51 periodische Zeitschriften, wovon 27 politische Zeitschriften. Allein in Riga erschienen vor dem Beginn des Krieges 10 Tageszeitungen in lettischer Sprache.

Auch das Vereins- und Genossenschaftswesen ist stark entwickelt. Es bestanden vor dem Kriege in Kur-Litauenland 140 wirtschaftliche Vereine, 20 Bienenzuchtvereine, 2 Obst- und Gartenbauvereine, mehr als 100 korporative Gesellschaften, die zum Zweck die Hebung der Viehzucht und die rationelle Verwertung ihrer Produkte gegründet waren. 2 landwirtschaftliche Schulen und mehrere Versuchsanstalten. Im Jahre 1913 bestanden 90 landwirtschaftliche Kurse veranstaltet, die von 3000 Schülern besucht wurden. Weiter bestanden 300 gegenseitige Versicherungsgesellschaften, 60 korporative Konsumvereine, davon 18 in Riga, die im Verbands der Konsumvereine Litauens vereinigt sind.

Die Höhe der erreichten Kulturstufe ist umso mehr anzuerkennen, wenn man in Betracht zieht, daß alles bis jetzt Erreichte nur das Resultat privater Tätigkeit ist, daß der russische Staat die kulturelle Selbstständigkeit der Letten nicht förderte. Denn sie mit allen denkbaren Mitteln hinderte, daß die lettischen Bevölkerung herrschenden Klassen aus der Hand der russischen Regierung des lettischen Volkes aufzuheben.

Angeht diese Sache, daß wir es bei den Letten so wenig wie bei den Finnen mit einem deutschen Volksstamm zu tun haben, daß die Letten seit Jahrzehnten in diesem Kampfe zur bannenden deutschen Oberhoheit stehen, daß sie ihre Kultur gegen diese Oberhoheit durchgesetzt haben, ist es eine Täuschung, dem deutschen Volke einzureden, es sei Lettland ein „deutsches“ Land. Wollen wir Letten wirklich einen Anhang an Deutschland, so wird sie niemand daran hindern. Aber dann sollen sie es selbst und absolut frei beschließen. Jeder Druck und jede Forderung ihrer Meinung wäre ein Verbrechen gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Hier liegt der Gegensatz zu unseren deutschen Eroberungspolitikern, zur sogenannten „Vaterlandspartei“. Rundgebungen wie die aus Riga, auch wenn sie nur von einer noch so kleinen Schicht politischer Händler stammen, werden von diesen „Nationalisten“ mit Jubel begrüßt. Auf den Forderungen der „Selbstbestimmungsrechte der Völker“ haben diese Herren stets gepfiffen;

von ihrem Standpunkte aus mit vollem Recht. Dem, wer dem eigenen deutschen Volke kein Selbstbestimmungsrecht gewähren will, der wird es folgerichtig noch weniger fremden Volksstämmen gewähren wollen, den Polen, Letten, Litauern, Esten. Kann man sich für freie Volksbestimmungen und Volksvertretungen, die nach demokratischem Wahlrecht gewählt sind, in fremden Ländern begeistern, wenn man alle Kniffe, Pöbe und Schliche anwendet, um dem eigenen preussischen Volk eine wirkliche Volksvertretung vorzuenthalten?

Diese Herren wollen nicht gleiches Recht, draußen und drinnen, sondern Herrschaft. Herrschaft einer Oberschicht über das deutsche Volk und Machterweiterung dieser Klassenherrschaft über fremde Völker. Hier liegt der Gegensatz, den wir aufzeigen wollen: Soll die Gewalt herrschen, die Gewalt einer Oberschicht über das eigene Volk und über fremde Völker, oder sollen die Völker selbst ihr Schicksal bestimmen?

Kriegsnachrichten

Verhaftung eines englischen Spions

B. L. S. Berlin, 14. Januar. Wie wir hören, ist am 11. Dezember 1917 der Herausgeber der in Amsterdam erscheinenden kapitalistischen Wochenschrift „Der Kampf“, Karl Rüstler, auf deutschem Boden von der deutschen Grenzwehr in der Nähe von Mellestein festgenommen worden, nachdem er unbefugt den deutsch-niederländischen Grenzfluß (Wurm) überschritten hatte. Rüstler ist dringend verdächtig, mit dem englischen Nachrichtendienst, insbesondere dem Bureau Tinsley in Rotterdam, in Verbindung zu stehen und für diesen durch Mittelspersonen in Deutschland militärische und wirtschaftliche Spionage zu betreiben. Er hat bereits ausgegeben, durch eine Vertrauensperson einen Brief an den Bureauchef einer Kriegsanstalt zu haben, in dem er um Auskunft über unsere Vorräte an Rohstoffen, die für die Rüstungsindustrie wichtig sind, bittet. Als seine Helfershelfer kamen etwa neun Personen im Westen Deutschlands und in Berlin in Betracht. Von diesen konnten nach kurzer Zeit fünf wieder aus der Haft entlassen werden. Von der feindlichen Presse ist in den letzten Tagen die Nachricht verbreitet worden, in Deutschland seien mehrere hundert Mitglieder der „unabhängigen“ Partei verhaftet worden. Offenbar ist die eben geschilderte Verhaftung des Rüstler und seiner Helfershelfer auf diese Weise von der Entente aus leicht erkennbaren Gründen böswillig aufgedunsen worden.

Seerrieg

Im Mittelmeer wieder 24 000 U-Boote

Berlin, 15. Januar. Amisch. Neue U-Boots-Erfolge im Mittelmeer: Ein Zerstörer und 24 000 Bruttoregistertonnen Handelschiffsräum. Am 30. Dezember hat eines unserer U-Boote, Kommandant Oberleutnant J. S. Obermüller, vor Alexandria einen großen bewaffneten, durch Fischdampfer und Torpedobootszerstörer stark gesicherten, voll besetzten Truppentransporter versenkt, und darauf in kühnem Angriff den Zerstörer der Entente H. 08 durch Torpedotreffer vernichtet. Der Transporter hatte nach Beobachtung des U-Bootes anscheinend ausschließlich weiße Engländer an Bord.

Unter den übrigen von unseren U-Booten versenkten Schiffen, von denen die meisten für Italien, bezw. die Engländer im Orient Ladungen hatten, befand sich ein weiterer bewaffneter von Zerstörern gesicherter Transportdampfer von etwa 5000 Tonnen, sowie 2 mittelgroße Dampfer, die aus Geleitzügen herausgeschossen wurden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Politische Wochenschau

Friedensarbeit

Meinungsverschiedenheiten in Brest-Litowsk

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk sind wiederholt unterbrochen worden, weil sich die Ansichten der Unterhändler unversöhnlich entgegenstehen. Die Russen beharren auf ihrer Anschauung, daß es zum Selbstbestimmungsrecht der Völker an der Ostsee und in Polen gehört, daß die fremden (also die deutschen) Truppen zurückgezogen werden. Dann erst, wenn keine fremden Beamten und Bajonette ihnen den Willen diktieren, können die Völker frei entscheiden, wohin sie in Zukunft gehören wollen.

Demgegenüber entwickelte General Hoffmann ein Programm, das als unverschiebbares Anknüpfungsprogramm angesehen werden muß. Aus ihm klang der Grundgedanke der deutschen Armee: „Hier bin ich, hier bleibe ich!“ Die Litauer, Polen und Kurländer hätten in so und so vielen Bereichen und Versammlungen den „deutschen Schutz“ verlangt, sie hätten selber keine Bahnen, keine Post, keinen Rechtsschutz, keine Armee, also müssen die Deutschen da bleiben, um ihnen dies alles zu betreiben und das staatliche Leben dadurch erst möglich zu machen. Ja, aus anderen Wendungen ging auch unzweideutig hervor, daß man diesen „selbständigen Staaten“, die den deutschen Schutz nachgesucht haben, zur „Sicherung der Grenzen“ auch einige Grenzfortschütze zumuten wird, natürlich sollen sie selbst „freiwillig“ dabei zustimmen, wenn der russische Einfluß ausgeschaltet ist. Es handelt sich, wie in Berliner Blättern schon seit einer Woche angebeutelt wird, im Norden um die polnisch-litauische Bezirke Suwalki und Augustowo, deren russische Verwaltung schon seit Jahr und Tag darauf eingerichtet ist, im Süden um ein wertvolles Kohlenrevier. In Betracht kommen dabei die polnischen Bezirke Bendzin, Czestochowa, Bielsko und Ostrow. Wenigstens sind diese Bezirke, die einen ganz beträchtlichen Teil Kongresspolens ausmachen, in einer vertraulichen Denkschrift der Appellanten Handelskammer als dringend notwendig für das obersteuropäische Wirtschaftsgebiet bezeichnet worden.

Das Ganze ist ein unverschiebbares Anknüpfungsprogramm, wie es mit dem Jargon „keine Annexionen und keine Kriegsengeheuerungen“ unverständlich ist und daraus ergeben sich für uns die selbstverständlichen Folgerungen.

Der Ton, den die deutschen Militärs in Brest-Litowsk anschlugen, weicht erheblich von dem ab, den die Unterhändler des Auswärtigen Amtes führten. Das wird denn auch von der alldeutschen Presse mit einem Freudenheul begrüßt. Sie hat zwar nicht erreicht, daß Rüstlermann gehen muß, aber sie hat erreicht, daß das Geheule der Entente vom 25. Dezember geschwächt und zum Teil aufgehoben ist. Deshalb kann auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ unter der Überschrift „Lassachen und Gerüchte“ beifolgendes schreiben:

Reichskanzler Graf Hertling hielt in den letzten Tagen mehrfach dem Kaiser Vortrag und hatte zahlreiche Besprechungen. Eine vertrauensvolle Aussprache fand zwischen dem Reichskanzler und den Heerführern statt. Es liegen keine sachlichen Differenzen vor, die eine Entscheidung im Konkreten verlangen. Auch sonst gehen mancherlei unrichtige Nachrichten durch einzelne Blätter. So wird gemeldet, daß Staatssekretär von Rüchmann und Vizekanzler Graf Bernstorff in Berlin eingetroffen seien. Beide Angaben sind falsch.

Richtig ist dagegen, daß Graf Rangau aus Kopenhagen und Dr. Rosen aus dem Haag in Berlin eingetroffen sind, angeblich nur „aus persönlichen Gründen“. Ein sehr merkwürdiges Zusammenreffen. Die Herren teilen neben Bernstorff als unsere wichtigsten diplomatischen Mitarbeiter mit und haben ihre Anwesenheit, deshalb mit der deutschen Antwort auf Wilson und Lloyd George in Verbindung gebracht, die um einige Tage verschoben sein soll. Inzwischen dauern die Gespräche im kaiserlichen Schloß an, bald sind es Anhänger der „unabhängigen“ Richtung, bald Anhänger des Kanzlers und Rüst-

manns, die dort geladen werden. Nach einigen Berichten ist eine Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Auswärtigem Amt und dem Gebiet der Heerführer gezogen, was eine sehr äußerliche Sache sein würde. Es gibt hier nur klare Entscheidungen, entweder die Richtung der Verständigung ist maßgebend oder die der Eroberungen. Setzt sich die letztere im Osten in die Praxis um, kann man sich die Wirkung auf die Gegner im Westen, auf die Völker und auf die ganze Welt ausmalen. Und auch wenn Rußland, das entkräftete und trübsinnige, dabei jetzt klein nachgeben mußte: Freundschaft und gute Beziehungen, die wir so notwendig brauchen, haben wir uns dabei nicht!

Lloyd George und die „unabhängigen“

In der „unabhängigen“ Korrespondenz „Sozialistische Auslandspolitik“ meint Herr R. Thorwesten, daß England dem Ideal eines demokratischen Friedens noch nie so nahe gekommen sei, als mit den jüngsten Äußerungen des englischen Premierministers. Die Rede Lloyd Georges sei nur das Echo der bolschewistischen Friedensgrundzüge. Lloyd Georges Programm sei in seinen großen Zügen der Gedanke des annexionslosen Friedens und des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Die Herren „unabhängigen“ geben sich reichlich viel Mühe, die Bolschewiki vom Friedensschluß in Brest-Litowsk abzuhalten. Aber zu ihrem Unglück haben diese den Kriegsschaffmacher Lloyd George viel besser durchschaut und ihm schon die gebührende Antwort gegeben. Herr R. Thorwesten hat in Gedanken in die Kriegszeit, in der er noch an — englischen Zeitungen mitarbeitete, sich doch wohl ein wenig zu weit vorgewagt. Die Sympathien der „unabhängigen“ für den Entente-Imperialismus fallen schon längst nicht mehr auf.

Die Hilfslosigkeit der „unabhängigen“

„Wir fahren mit der Stange im Nebel umher.“ Mit diesem Satz charakterisiert die „Leipziger Volkszeitung“ selbst im Leitartikel ihrer Sonnabend-Nummer die Politik der unabhängigen Presse gegenüber den deutsch-russischen Friedensbemühungen. Und in der Tat trifft diese Selbstkenntnis den Kern der Dinge.

Am Freitag brachte die „L. V.“ auf der ersten Seite des Hauptblattes eine Notiz „Bezeichnendes Schweigen“, in der sie darüber klagt, daß die Öffentlichkeit kein Wort darüber erfahre, was denn eigentlich in Brest-Litowsk vor sich gehe. Auf der zweiten Hauptblattseite bringt sie aber gleichzeitig den bekannten ausführlichen Bericht über die Brest-Litowsker Verhandlungen vom 9. Januar.

Im Leitartikel vom Freitag wird auseinandergelegt, daß die Bolschewiki mit erstaunlicher Leichtigkeit der schlimmsten Schwierigkeiten Herr geworden seien; die Lebensmittelförderung der Städte sei einigermaßen sichergestellt, die konterrevolutionären Anschläge niedergeschlagen. Und namentlich bei Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen arbeiteten Genin und Genossen flug und den Interessen des revolutionären Proletariats gemäß.

Im Leitartikel vom Sonnabend heißt es dagegen wieder umgekehrt, daß die russischen Unterhändler die Berichte der Petersburger Telegraphenagentur hätten verleugnen müssen, sei ganz unbegründet. Da scheint ja das vollkommenste Tohuwasohu zu herrschen und niemand könne in Zukunft mehr bei seiner Politik in irgend einer Form das wirkliche oder mutmaßliche Verhalten der Bolschewiki in Rechnung stellen. Der Absatz schließt mit den bezeichnenden Worten:

„Wir müssen abwarten, was sich nun in den nächsten Tagen vollzieht. Vorläufig taufen wir jedenfalls mit der Stange im Nebel herum.“

Wahlrechtsberatung, Verschleppung und Obstruktion

Wahlrecht der Granaten

Die Granaten, die kamen,
Die fragten nie: arm oder reich?
Im Kämpfen und im Sterben
Alle waren sich gleich.
Als es um Deutschlands Zukunft ging,
Unsere Rettung: die selbstgegründete Masse!
Und Soldatengräber: können nicht
Wähler erster und dritter Klasse.

Dr. Ludwig Haas,
Mitglied des Reichstags.

Der Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordneten-
hauses steht die Masse des preussischen Volkes mit großem
Misstrauen gegenüber. Man betrachtet diesen gesiebten Aus-
schnitt des Dreiklassenhauses ohne weiteres als eine Verschlei-
pungs- und Verschlechterungs-Kommission, die nach der Pa-
role arbeitet: „So wenig wie möglich, das wenige so spät wie
möglich, und am liebsten überhaupt nichts.“ Die Beratung des
ersten Tages war nicht geeignet, diese schlechte Meinung, die
man vom preussischen Wahlrechtsausschuß hat, zu verbessern.
Sie hat vielmehr nur dazu beigetragen, sie zu bestätigen.

Nach dem üblichen Bericht unternahmen die Konser-
vativen sofort einen Vorstoß, dessen Zweck war, die Beratung zu
verzögern und sich dagegen zu sichern, daß etwaige Verbesse-
rungen der preussischen Verfassung ohne gleichzeitige Ver-
schlechterungen durchgeführt werden. Sie beantragten die Ver-
bindung der vorliegenden drei Entwürfe durch ein Mantelgesetz.
Unter Mantelgesetz versteht man ein Gesetz, das verschiedene
Gesetze zu einem einzigen zusammenfaßt, so daß keines von
ihnen ohne die anderen in Wirksamkeit treten kann. Das
heißt also, die Wahlreform, gleichgültig, wie sie ausfällt, soll
nicht Gesetz werden, ohne daß die Rechte des Abgeordneten-
hauses gegenüber dem zu reformierenden Herrenhaus eingeeignet
werden.

Diese Verbindung der Gesetzentwürfe miteinander hat für
die Konservativen den weiteren Vorzug, daß sie Gelegenheit
gibt, soviel Zeit zu vertrödeln, wie nur irgend beliebt. Denn
zur Reform einer so phantastischen Schöpfung, wie das Herren-
haus nun einmal ist, lassen sich natürlich beliebig viel Ver-
schleppungen machen. Inwiefern das Königs- und
Kleingrundbesitz, der Handel, die Industrie, die Städte, die
Universitäten, die verschiedensten Vertretungskörper bei der
Umbildung der ersten Kammer mitzubetrachten sind, dar-
über läßt sich bei einigem guten Willen jahrelang debattieren.
Solange aber dies alles nicht entschieden ist, soll die Wahl-
reform nicht Gesetz werden können.

Wer nun erwartet, daß sich die Regierung diesem Spiel,
das sie doch durchschauen muß, entschieden widersetzen werde,
der wird sich schwer enttäuscht fühlen. Statt des starken Systems,
das hier durchaus an Plaque wäre, verlegte sich der Vizepräsi-
dent des Staatsministeriums, Dr. Friedberg, auf das elastische
System. Er kam den Konservativen mit dem sehr weiten Zu-
geständnis entgegen, man könne ja, ohne ein eigentliches
Mantelgesetz zu beschließen, die Bestimmungen treffen, daß kein
Gesetz ohne das andere in Kraft treten könne. Damit hat sich
die Regierung, wie wir fürchten, in der gefährlichsten Weise
gebunden. Sie hat sich selbst der Möglichkeit beraubt, das
Kernstück ihrer Vorlagen, die Wahlreform, aus allem Beiwert
herauszulösen und seine Gesetzgebung mit allen Kräften zu
betreiben. Die Wahlreform muß nun ihren Weg weiterrollen
mit dem Mühlstein der Herrenhausreform um den Hals.

Daß es die Redner der Rechten mit der Beratung der
Vorlagen durchaus nicht eilig haben, zeigten auch schon die
Abweichungen, die sie sich gleich am ersten Tage gestatteten.
So unterbreitete man sich in aller Gemächlichkeit über das Ge-
meindewahlrecht, obwohl dieses — leider! — noch gar nicht
auf der Tagesordnung steht. Und zum Schluß schlen man sich
für nichts anderes mehr zu interessieren, als für die angekün-
digte Mitgliederversammlung des „Bundes der Kriegsbefähig-
ten und ehemaligen Kriegsteilnehmer“, die man dem Ober-
kommando fälschlich als öffentliche Versammlung und somit als
verbotswürdig denunzierte.

Wir sehen in diesem Zusammenhang von der sittlichen
Bedeutung einer solchen Denunziation ganz ab. Aufschrei
protestiert werden muß aber gegen den Stand, daß in der
Wahlrechtskommission, bloß um Zeit totzuschlagen, über Dinge
gesprochen wird, die diese Kommission nicht das allermindeste
angehen. Sätze sich die Kommission mit der bevorstehenden
Kriegsbefähigtenversammlung in dem Sinne befaßt, daß sie
sich nach Gehör für das Wahlrecht der Kriegsteilnehmer inter-
essiert hätte, so wäre nicht das mindeste dagegen einzuwenden.
Gerade diese Frage ist ja von hoher Wichtigkeit, und die Linke
wird schon dafür sorgen, daß die Kommission um sie nicht her-
umkommt. Mit der Frage aber, ob irgend ein Bund öffent-
liche oder Mitgliederversammlungen abhält, und ob das Ober-
kommando diese Versammlungen gestatten oder verbieten soll,
hat die Wahlrechtskommission nicht das allergeringste zu tun,
und die breite Debatte, die man darüber führte, war großer
Unfug und weiter nichts.

Die geistigen Väter der beginnenden Wahlrechtsobstruk-
tion täuschen sich aber, wenn sie glauben, daß das Volk ihrem
Treiben ohnmächtig zuschauen müßte. Wir können ihnen ver-
sichern, daß ihnen nichts geschenkt bleiben wird, und daß die
Obstruktion für alle, die sie treiben oder begünstigen, die unan-
genehmsten politischen Folgen haben wird. Von den entlassenen
Anhängern des gleichen Wahlrechts, die ja leider in der
Kommission recht dünn gefäß sind, hoffen wir, daß sie zusam-
menhalten werden, um jedes Abweichen vom Weg positiver Arbeit
nach Kräften zu verhindern und jeden Obstruktionsversuch der
Dessentlichkeit zu denunzieren.

Nur wenn die Anhänger des gleichen Wahlrechts alle
Energie in dieser Richtung aufbieten und dabei die kräftigste
Unterstützung der Dessentlichkeit finden, darf man noch die be-
schriebene Hoffnung hegen, daß aus den Beschlüssen dieser Kom-
mission etwas Positives herauskommen wird. Daß es wenig-
stens zu Entscheidungen kommen wird, die uns das nächste
Begriff klar überblicken lassen. Anderenfalls wird die
Rechte weiter leeres Stroh dreschen und damit, ohne sonst etwas
zustande zu bringen, die Stimmung der Bevölkerung reizen
und erbittern.

Jahrzehnte hindurch hat das preussische Volk die Drei-
klassenwahl ertragen müssen, unermüdet vor dem Kriege
und auch während des Krieges hat es für ein freies Wahlrecht
gekämpft. Und nicht ohne Erfolg. Die Krone hat feierlichst
das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht versprochen. Die Re-
gierung ist an dies Versprechen gebunden. Dadurch ist der
Wahlrechtskampf in ein neues, vielleicht entscheidendes
Stadium getreten. Und in diesem Stadium greifen die Wahl-
rechtsfeinde zu Mitteln, die deutlich zeigen, wie schwach es um
ihre Sache bestellt ist und daß für sie nicht der Standpunkt des
Rechts, sondern der der Gewalt gilt.

Nicht nur, daß sich die Wahlrechtsfeinde bemühen, durch
endlose Reden die Erledigung der Reform zu verschleppen,

sondern sie sind auch bereits darüber einig, daß, bevor an die Be-
ratung der Einzelheiten des Wahlrechts gegangen wird, zu-
nächst über die Gestaltung des Herrenhauses Beschluß gefaßt
werden soll. Und sie werden in diesem Streben unterstützt von
den Nationalliberalen, die angeblich wahlrechtsfreundlich sind,
in Wirklichkeit aber den Konservativen die Stiefelgelenke halten.
Zuerst kommen die „Herren“, dann das Volk. So war es in
Preußen von jeher, und so soll es nach dem Willen der Reaktion
auch in Zukunft sein. Das Volk, das 70 Jahre auf das gleiche
Wahlrecht gewartet hat, mag getrost noch länger warten, die
Hauptache ist, daß die Wünsche der herrschenden Klassen erfüllt
werden.

Ein Hohn ist es auch, daß die Nationalliberalen nach den
Opfern, die gerade die Militärs in diesem Kriege ge-
bracht haben, noch immer für ein Pluralwahlrecht schwärmen.
Haben sie sich auch über die Einzelheiten noch nicht des näheren
ausgelassen, so haben sie doch offen erklärt, daß sie volles Ver-
trauen zum Volke immer noch nicht besitzen.

Was in den langwierigen Debatten über die Sozial-
demokratie gesagt ist, lohnt einer näheren Beleuchtung nicht.
Die ältesten Vordenker, Lebensarten aus Versammlungen und
gegnerischen Schriften müssen herhalten, nicht nur um die Ver-
handlungen zu verlängern, sondern auch um die Furcht vor
einer starken sozialdemokratischen Vertretung und den Unter-
gang Preußens bei Einführung des gleichen Wahlrechts an die
Wand zu malen.

Danziger Nachrichten

Frauenbriefe.

Viel zu wenig Stunden hat der Tag, besonders jetzt in
diesen Kriegsjahren! Das merken namentlich die Frauen, die
im Erwerbsleben stehen. Die wenigen Stunden, die Bureau
oder Werkstatt ihnen frei lassen, müssen ausgenutzt werden.
Die Kinder sind zu versorgen, der Haushalt ruft, Einkäufe
müssen gemacht werden, die eigene Person stellt schließlich
gleichfalls diese oder jene, wenn auch noch so beschwundene An-
forderung. Verdreifachen müßte eigentlich der Mensch seine
Kraft, wollte er alledem einigermaßen gerecht werden. Aber
es muß gehen. Und es geht auch. Und wenn dann bei sinken-
der Sonne das Tagewerk beendet ist und die Hände müde in
den Schoß fallen wollen, ist noch eine kleine, liebe Pflicht zu
erfüllen: der im Felde stehende Mann will vom Ergehen seiner
Familie unterrichtet sein.

Wie unendlich viel gäbe es da zu schreiben! Doch wie
müde und federungewohnt sind die abgearbeiteten Finger!

Feldpostkartenbrief, Linde und Federhalter haben nun
schon seit Jahren ihren bestimmten Platz am Fenster. Das
letzte Tagesleuchten muß ausgenutzt werden. Langes Be-
stimmen und Nachdenken gibt es da nicht. Tapfer muß drauf-
los geschrieben werden. Rechtschreibung und Interpunktion
müssen mit dem fürstlich nehmen, was die Schulbildung der
einst hierfür übrig hatte. So genau nimmt es ja der Mann
auch nicht. Er kennt ja seine „Alte“, er sieht aufs Herz und
nicht auf den Stil.

Und immer hastiger kragt die Feder übers Papier.
Fließen die Worte zuerst auch nur spärlich, nun quillt ein
breiter Strom sprudelnden Alltagslebens. Zeile reiht sich an
Zeile, der Brief wird länger, als die Schreiberin anfangs
dachte. Wie unendlich viel hätte sie dem Entfernten zu sagen!
Und wie unsagbar wenig kann sie nur schreiben!

Und so wie die eine schreibt, schreiben unendlich viele.
Ihre müden Finger werden bei der ungewohnten, zärtlichen
Arbeit wieder flink und hurtig. Kragt auch die Feder — das

Wende

Im Eisenhütten, im Maschinenhütten,
in aller Werkstatt tieferregtem Mühen
hält ich mich königlich und stark und kühn
vom Herrenwillen einer Welt getragen.

Wird hinterm Abendhimmel der bange Gloden
er müde Tag die lauten Tore zu,
spricht die Stille zu mir du um du,
wie ich ich klein, im Innersten erschrocken
und für der Völker Tränenströme fluten
in zu der Menschheit großem Leidensmeer,
und ich der Bänder namenloses Meer,
in an der harten Gegenwart verbluten.

Arthur Zidler.

Wera

Eine Skizze aus dem Russischen von —.

Wera war auf die Straße gegangen. Planlos irrte sie
durch die fast menschenleere Kornstraße, wo sich vornehme
Kaffeehäuser, Banken, Geschäftslokale, eins prächtiger wie das
andere, aneinanderreihen. Hier und da huschte wohl noch eine
aufgeputzte Schöne vorbei, aber uns interessiert vorläufig nur
Wera. Sie war jung und was der Jugend meist eigen ist, auch
hübsch. Hübsch waren ja auch die anderen Passantinnen, aber
deren Schönheit wurde durch ein gewisses Etwas beeinträch-
tigt, das dem Kenner der Großstadt sofort auffällt. Auf
Wera's Gesicht fehlte dieser sinnliche Zug, dieser Ausdruck des
Gemeinen. Bitterer Ernst, Gram, Hunger war darauf zu
lesen. Aus ihren dunklen Augen strahlte eine unfähige
Traurigkeit. Und ihre Garderobe war einfach, höchst einfach. So
sieht kein Verlorene aus. War Wera eine Verlorene? Noch nicht!
Noch hatte sie sich tapfer durch das Leben geschlagen und alle
Gefahren, die ihrer Mädchenjahre drohten, leicht abgewendet.
Aber der gräßliche Hunger! Wie die Schneeflocken fielen die
Menschen dahin; entkräftet und ausgehungert starben sie auf
der Straße. Und Kinder. —? Die Feder sträubt sich ob
all des Elends. Apfelsäulen, Brotreste, die in der Straßen-
rinne lagen, wurden heißhungrig verschlungen. Reichsteils du
einem Armen einen Bissen Brot, so biß er gierig hinein und war
bald darauf eine Leiche. Selbst die Vögel mieden diese Stadt
des Todes. . . .

Wera bog in eine Nebenstraße ein. Aus einem hell-
erleuchteten Hause drang rauschende Musik an ihr Ohr. Ein
Walzer —! Parfümierte Damen, meist in Herrenbegleitung,
kamen und verschwanden im großen Portale. Russische tollten
heran. Wera wußte: da drinnen gab es keine Not. Alle
Mädchen waren fein gekleidet, sie erhielten eine reichliche Ver-
pflanzung und jede hatte ihr separates Zimmer, nummeriert
sogar. An Zerstreuung fehlte es auch nicht. Ja, man konnte
sogar — vorausgesetzt, daß das Mädchen nicht allzu zimper-
lich war — einen schönen Bogen Geld verdienen. Geld, das
wollte sie schon erbeuten. Die Hauptsache war, daß man
darinnen nicht zu hungern brauchte. Vielleicht konnte sie auch
der alten Mutter beistehen, die doch unendlich litt. Ja, der
Mutter —! Fast hatte Wera den Fuß auf die breiten Stiegen
gelegt, da zog es sie ebenso schnell wieder fort. Weg von
hier. Es darf nicht sein. Also dann wieder hungern. Und die
arme Mutter dazu. In Wera's Innern tobte ein gewaltiger
Kampf. Das bessere Ich schien den Sieg davonzutragen. Da
ein Aufschlag an der nächsten Straßenecke. Fiel da nicht
jemand? Wera wandte sich ab. Sie wollte das Elend nicht
sehen.

Wie die Musik so schmeichelnd, so lockend herüberhallte.
Wieder ein Walzer. Unwillkürlich lenkte Wera ihre Schritte
nach dem schönen, hell erleuchteten Hause hin. Wie gut mußte
man es doch hier haben. Musik, Lachen und dazu keinen
Hunger. Und die Mutter auch versorgt. —

Wera stieg die teppichbelegten Stiegen hinan. Der
Mann mit der prächtigen Uniform öffnete geschäftig die Tür.
„Wieder eine neue,“ murmelte er der Davoneilenden
nach, „und dazu noch jung.“

Die Musik legte ein. Man spielte die „Donauweilen“ —

Auf Seehundsjagd

Wie ein großer unruhiger Vogel flattert der „Seehund“
über die blaue Flut. Da endlich legt sich der Wind unter seine
weißen Schwimmen und treibt ihn majestätisch von den Ge-
staden der Insel ins weite Meer. Strahlende Augustsonne
liegt über Wasser und Dünenland. In großen Zügen atmen
wir den faizigen Luft des Meeres, dicken von Zeit zu Zeit
liebervoll auf unsern Proviant, der im Borderraum des Schiff-

ses verstaubt liegt und fühlen uns zu den größten Heldentaten
aufgelegt. „Heut kommen die dummen Vießer sicher raus“,
schmunzelt unser Schiffer und schiebt die kurze Pfeife von
einem Mundwinkel in den anderen. Ohne Stolz und Rud
gleitet das Boot dahin. Scharen aufgeschauelter Möwen zer-
reißen mit schrillen Getöse die glatte klare Stille. Die Willen
des freundlichen Wyt entschwinden unseren Blicken, und die
vom Wasser zerflühten Rüste steigt in langer Säule aus dem
Wasserspiegel auf. Unterdessen entblößt die Ebbe weite Strecken
des Meeresbodens und läßt uns graugend ahnen, daß dort vor
Jahrhunderten blühende Ortschaften sich ausdehnten, deren
Kirchensundamente und Brunnenrohre noch oft wie Skelette
verunkelter Riesen aufragen. Nach zweistündiger Fahrt kom-
men wir an eine lange, schmale Sandbank, die der Lummel-
platz der Seehunde und das Ziel unserer Fahrt ist. Der nied-
rige Wasserstand verwehrt uns das Land. So ziehen wir
Schuhe und Strümpfe aus und waten hochgeschürzt und hoch-
gedrückt dem Ufer zu. Unsere lustige Wattenpolonaise muß
jedoch den „dummen“ Seehunden eine Warnung gewesen
sein. Wir warten eine halbe Stunde und länger und sehen die
glatten, schwarzen Köpfe der Tiere in einer Entfernung von etwa
100 Meter blitzschnell auftauchen und verschwinden. Doch
unser Führer kennt seine Jagdbeute und weiß sie zu über-
listen. Er steckt sich in einen Anzug von Seehundsfell und
legt sich platt auf den Sand. Nun schnauft und prustet er
nach Seehundart, bellt und knurrt, wie die Tiere es tun und
lockt die neugierigen Hunde heran. Vorsichtig schnuppernd
reden sie die dicken Schnauzen mit den borstigen Bärten aus
dem Naß und glohen mit den gutmütigen, dummen Augen
auf den Gefallen im Ufersand. Dann nähern sie sich der Sand-
bank, einer, zwei, ein ganzes Rudel. Und nun beginnt ein
großes Spiel. Sie schieben die plumpen Körper vorwärts,
hüpfen auf den Flossenfüßen, greifen und beißen sich, bellen
und fauchen, so daß man ihnen stundenlang zusehen könnte.
Doch die Verlockung für den Jäger ist zu groß. Peng — den
nächste unter ihnen hat er getroffen. Wir tragen ihn ins
Boot, er wiegt wohl 200 Pfund. Sein Fleisch, dem Hirsch-
fleisch ähnlich, soll uns trefflich munden und sein Fell uns
manchen Winterschnupfen ersparen. Spät abends kehren wir
heim von unserem nicht alltäglichen Jagdausflug. Der goldige
Tag mit seinem Sonnenlauf war sehr in diese Sternennacht
hinübergeglitten.

Einladung!

Große öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Friedenshoffnungen und -Wünsche der deutschen Frauen.

Referentin Frau Maria Juchacz-Berlin, Schriftleiterin der Zeitschrift „Die Gleichheit“.

2. Ausprägung.

Manmer als Gäste haben Zutritt.

Der Einberußer.

Herzlichen! Und draußen gibt der tolle Wintersturm zur Strafe. Die große Stadt ist müde, sie will schlafen gehen; sie wartet nur noch auf die emsigen Briefschreiberinnen...

„Friedenshoffnungen der deutschen Frauen“

Ueber dieses aktuelle Thema wird Genossin Maria Juchacz, Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Schriftleiterin der „Gleichheit“, am Dienstag den 22. Januar, abends 8 Uhr im Steppuhn'schen Saal in Schödlitz in öffentlicher Frauenversammlung sprechen. Genossin Juchacz ist eine gute Rednerin. Das Thema, das sie behandeln wird, muß allen aufklärten Danziger Frauen Veranlassung geben, die Versammlung unbedingt zu besuchen.

Von Friedenshoffnungen und -sehnen ist jetzt jedes empfindende Frauenherz erfüllt. Viele Frauen haben ihre Männer, Söhne und Brüder im Felde oder in Gefangenschaft und sind in steter Sorge um Leben und Gesundheit ihrer Lieben. Andere haben schwer zu tragen an der Last der Sorgen, die jeder neue Tag mit unfehlbarer Sicherheit bringt.

Allen diesen gequälten Frauen soll der Vortrag eine Erbauung sein.

Darum verleihe keine Frau diese seltene Gelegenheit, die Vertreterin sozialdemokratisch denkender Frauen zu hören.

Unsere Genossinnen aber haben die schöne Aufgabe, dafür zu sorgen, daß ihre Versammlung gut besucht wird.

Stadtkinder aufs Land

In einem Rundschreiben des Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten spricht der Minister seine lebhafteste Befürwortung darüber aus, daß der Landaufenthalt für viele Stadtkinder überaus günstige Erfolge zeitigt habe. Der Minister stellt auch für dieses Jahr eine umfangreiche Verschickung von Kindern auf das Land in Aussicht und glaubt, daß die Landbevölkerung zur Aufnahme bereit sein wird. Der Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ wird auch im laufenden Jahre die Geschäfte führen.

„Was müssen Stadt und Land von einander wissen.“

Ueber dieses zeitgemäße Thema wird Professor Ehringhaus, Bochum am Sonntag, den 19. Januar, abends 8 Uhr im Werkzeughause sprechen.

Professor Ehringhaus ist in Danzig nicht unbekannt. Seinen ersten Vortrag über ein ähnliches Thema hörten wir anlässlich eines Kriegsernährungslehrganges in Danzig. (Siehe „Volksmacht“ Nr. 41. 1917.)

Das stellvertretende Generalkommando in Danzig veranstaltet den Vortrag, dessen Besuch von allen Gewerkschaftsrichtungen und auch von uns empfohlen wird.

Vom Mietwucher.

Die Steigerungen der Mieten beschäftigen auch die Juristen naturgemäß lebhaft. Der Rechtslehrer Professor Dr. Verhagen in Erlangen behandelt in der Juristischen Wochenchrift dieses Thema und sagt, daß in der Kündigung eine wucherische Ausbeutung liegen kann, wenn sie zu dem Zwecke vorgenommen wurde, höheren Mietzins zu erlangen. Ist die Erhöhung als Wucher anzusehen, so ist der in bezug auf den Preis abgeschlossene Mietvertrag auch dann nichtig, wenn der durch die Kollage gedrängte Mieter darauf eingegangen ist. Durch die Richtigerklärung kann der Mieter von der Preisfestsetzung zurücktreten. Nicht aber wird dadurch die Kündigung gegenstandslos. Der Mieter muß also das Mieteinigungsamt anrufen, damit diese Kündigung von ihm aufgehoben wird. Er braucht auch nicht zu fürchten, vom Mietamt abgewiesen zu werden, weil er nicht unverzüglich das Amt angerufen hat, wie es das Gesetz verlangt. Das könnte nur dann geschehen, wenn die Vereinbarung rechtswirksam gewesen wäre. Eine auf Wucher begründete Kündigung ist aber rechtswirksam und die Anrufung des Amtes ist noch rechtzeitig, wenn das Bewußtsein der Wucherung und die Richtigerklärung erst später und die Anrufung des Amtes wegen der Kündigung danach geschehen ist.

Ob aber der Mieter infolge Verhandlungen auf die wucherische Forderung des Mieters eingegangen, so kann er zwar den Wucherpreis durch Richtigerklärung aufheben, aber nicht mehr das Mietamt anrufen, weil nach einer Vereinbarung von einem „unverzüglich“ nicht mehr geredet werden kann. Hat der Vermieter durch Androhung der Kündigung einen wucherischen Abänderungsvertrag veranlaßt, so kann der Mieter diesen zwar für nichtig erklären, er braucht aber das Mietamt nicht anrufen, da die Kündigung ja nicht erfolgt war. Der Wirt bekommt dann die Wuchermiete nicht und der Mieter steht im Recht.

Man sieht hieran, wie notwendig und wichtig die Behandlung dieses Themas heute leider ist, aber auch, wie bedeutungslos die Einrichtung des Mietamtes ist.

Mietwucherungsnot

Derzeit wohl nirgends mehr als in Danzig mit seinen engen, verfallenen Gassen und alten, zum Teil schmutzigen kleinen Gehöften der inneren Stadt. Wir wissen schon wiederholt auf den Wandel auf kleinen Wohnungen hin und forderten energisch eine Beseitigung. Auch Stadtverordneter Siebenfreund legte kürzlich im städt. Rat, das bei allen Freunden einer großzügigen Wohnungsbaupolitik großen Anklang fand, die schließlichen Danziger Wohnungsverhältnisse

dar, die sehr viele, auch stilkliche Gefahren für die heranwachsende Jugend zur Folge haben können. Wir können zu unserer großen Freude feststellen, daß sich immer weitere Kreise des Danziger Bürgertums mit der Wohnungsfrage beschäftigen und dadurch dazu beitragen, daß diese brennende Frage für Danzig nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden wird.

Anlässlich der Beratung des Wohnungsgesetzes im Preussischen Herrenhause nahm auch Oberbürgermeister Scholz das Wort. Nach dem kurzen Pressebericht kritisierte der Redner das Wohnungsgesetz, das die schweren Schäden im Wohnungswesen nicht beseitigen könne. Das Gesetz beschränke die Selbstverwaltung der Gemeinden und setze dafür die Polizeigewalt. Das Gesetz wurde trotzdem einstimmig angenommen. In Danzig hat man aber von einer segensreichen Wirksamkeit der städtischen Selbstverwaltung, deren Einschränkung Scholz bedauerte, gerade unter seiner Leitung fast nichts bemerkt. (Wir werden auf diesen Gegenstand noch zurückkommen, sobald das Gesetz im Wortlaut vorliegt.)

Dessen ungeachtet tut ein schleuniges Eingreifen der Danziger Stadtverwaltung zur Herstellung billiger, gesunder Wohnungen dringend not.

Zu den von der jetzigen Wohnungsnot betroffenen Schichten gehören in erster Linie die minderbemittelten Kreise, namentlich die kinderreichen Familien. Diese werden sehr oft ihres Kinderreichtums wegen, den Wissenschaft und Sozialpolitik als ein Segen für das ganze Volk preisen, in grausamster Weise gestraft. Das vom Magistrat eingerichtete Mieteinigungsamt, zu dem nach dem letzten Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung Rechtsanwälte glücklichweise nicht zugelassen werden, ist ja dazu da, Auswüchse im Wohnungswesen nach allen Seiten hin zu bekämpfen und zu beseitigen. Aber viele wissen noch nichts von dieser sozialen Einrichtung und deren Aufgaben und gehen dadurch im gegebenen Falle des notwendigen Schutzes des Mieteinigungsamtes verlustig.

Ein Wohnungsgesetz, das eine gründliche Wohnungsreform bringt, ist dringend notwendig. Gemeinden, Staat und Reich haben gemeinsam und einander ergänzend einzugreifen. Alle Mittel müssen zur Anwendung kommen, um rechtzeitig den Bedarf an Wohnungen sicherzustellen. Schämte es sich, hier irgendwelche Rücksichten auf die Hausbesitzer zu nehmen. Boden- und Wohnungswucher, Terrain- und Hypothekenspekulation muß entschieden bekämpft, die veralteten Rechtsverhältnisse, die aller modernen Hygiene oft geradezu ins Gesicht schlagenden Bauverordnungen beseitigt werden. Für die Aufzucht eines gesunden Volkes kann nicht zuviel geschehen. Recht, Staat und Gemeinden haben Boden, Darlehen und praktische Erfahrung zur Verfügung zu stellen und den gemeinnützigen Wohnungsbau nach allen Kräften zu fördern. Allen von rein finanziellen Beweggründen getragenen Einwänden der Hausbesitzer zum Trotz, im Interesse einer weitblickenden Bevölkerungspolitik.

Und es muß sofort etwas geschehen. Alle Maßnahmen zur Schaffung von Kleinwohnungen müssen sofort vorbereitet und auch möglichst gleich durchgeführt werden. An der Mithilfe der organisierten Arbeitererschaft wird es in dieser Beziehung sicherlich nicht fehlen.

Beschaffung von Möbeln für junge Kriegerehepaare.

Könnte Freude sprach aus den Augen des jungen kriegsgetrauten Paares, dem ich vor vier Wochen von der kommenden Möbelhilfe erzählt. Es erkundigte sich eiligst bei der angegebenen Stelle, die allerdings das Paar verärgern mußte.

Die Möbelbeschaffung ist im Entstehen. Die Notwendigkeit dürfte allgemein anerkannt werden. Die horrenden Steigerungen der Preise für neue Möbel, die Zurückhaltung der alten Möbel und der damit verbundene Wucher machen es den jungen Eheleuten schier unmöglich, ein eigenes Heim anzufassen. Zu oft kommt es vor, daß die junge Frau sich in der kleinen elterlichen Wohnung aufhalten muß, während der Mann, mangels eines Ledigenheims, mit irgend einem abgemieteten Bett vorlieb nehmen muß, zum Schaden der Gesundheit.

Nicht nur in Danzig befaßt sich der Magistrat mit der Möbelbeschaffung, sondern andere Städte auch und die sind zum Teil voraus. Zum Beispiel hat Richtenberg Möbellieferungen von verschiedenen Fabriken in Aussicht genommen und zwar für 650 Stühlen und ebenbürtigen Kucheneinrichtungen; ferner für 3250 Stühle. Die Einrichtung ist für eine Stube und Küche gedacht. Für 93 000 Mark soll noch eine Hotelausstattung angekauft werden. — In Schöneberg werden auch Möbel an Kinderheimen verkauft.

In Danzig wird der Magistrat auch nicht umhin können, mit bestimmten Lieferungsverträge abzuschließen zur Lieferung einfacher Möbel. Die Preise könnten erniedrigt werden durch Lieferung von Holz aus schließlicher Forst. Kriegsgefangene würden dem etwaigen Arbeitsmangel abhelfen können.

Aber auch gebrauchte Möbel müssen aufgekauft werden. Hausabteilungen, die aufgelöst werden oder die sich verkleinern, sollten der Möbelhilfe ihre Möbel gegen Entgelt zur Verfügung stellen müssen, nach einem noch zu schaffenden Vorkaufsrecht. Es sollten nicht die Kleinhandhändler Gelegenheit haben, gebrauchte Möbel aufzukaufen um sie weiter weiter zu verkaufen. Auch bei Auktionen ist das Vorkaufsrecht anzuwenden.

Im Jahre 1762 wurde in Danzig wie auch in älteren Verordnungen übergeben mit „nachdrücklichen Erweisen unfehlbar angeordnet und befohlen.“ Heute aber kauft der wucherische Händler unbedachte Ware zu jedem Preise ein, bezahlt sie auf, bis die Nachfrage so gesteigert ist, daß er auch den Preis der Ware steigern

kann. Der Wucherer erzielt unverdient Gewinne, die ihm nach der heutigen Ordnung noch besondere Vorrechte eintragen; er wird zweit- oder gar erstklassiger Wähler. Auch den Möbelhändlern, die mit ihrer Ware zurückhalten, müßten die Möbel abgenommen werden.

Eine Instandsetzungswerkstätte hätte gebrauchte Möbel zum Gebrauch sauber herzurichten.

Was soll nun Möbel erhalten? Nun, zuerst alle Kriegsgetrauten, alle die nach Rückkehr aus dem Felde sich verheiraten und alle, die jetzt schon Eheleute sind und keine Wohnungseinrichtung haben. Die Frage ist noch offen, ob auch andere Minderbemittelte vor der Einrichtung Gebrauch machen können.

Jedes Ehepaar wird nicht über die erforderlichen Geldmittel verfügen. Deshalb wird eine Darlehnskasse Vorschub geben, der ratenweise abbezahlt werden kann.

Wird nun nicht engherzig die Bedürfnisfrage geprüft, so dürfte diese Möbelbeschaffungsstelle eine dankenswerte Einrichtung für die jungen Eheleute werden. Die Schwierigkeiten in der Möbelbeschaffung sind dann zum größten Teil beseitigt, könnte es doch auch so bei der Wohnungsbeschaffung sein.

* Ein sonderbarer Oberbürgermeister. Der Dessauer Oberbürgermeister Dr. Ebeling hat sein Abschiedsgesuch eingereicht, nachdem ihm in einer Gemeinderatsitzung eine Reihe peinlicher Verfehlungen vorgehalten waren. Das schlimmste daran ist ein Brief, den er an das Herzoglich-Anhaltische Ministerium und das Generalkommando geschrieben hat: Man möge doch den Stadtverordneten Pauli, einen Redakteur des sozialdemokratischen „Volksblattes für Anhalt“, schleunigst entziehen, da er heftige Artikel über die Lebensmittelversorgung und die Unterstützung der Kriegsfrauen schreibt. Pauli ist denn auch eingezogen worden und tut seit vielen Monaten Garnisondienst als Feldhüter und Posten im Gefangenenlager, während seine ausgedehnte gemeinnützige Arbeit in Dessau ungetan bleibt. Das Vorgehen des Dessauer Oberbürgermeisters ist wirklich derart, daß er sehr gut daran tut, schleunigst Amt und Öffentlichkeit zu verlassen.

„Wenn die Liebe nicht wäre.“

Die Feldwebelwitwe H. in Danzig hatte mit einem verheirateten Mann ein Liebesverhältnis und sah sich später veranlaßt, sich als die Bergewaltige hinzustellen. Sie machte im November eine entsprechende Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Es stellte sich aber heraus, daß die Anzeige wider besseres Wissen erfolgt war. Mit dem Liebesverhältnis war sie ganz einverstanden. Das Schöffengericht verurteilte sie zu der Mindeststrafe von 1 Monat Gefängnis.

Mit der Schmerz ausgebeutet wird.

Nicht nur die materielle Not des Volkes nutzen skrupellose Geschäftemacher aus, sondern auch aus der geistigen und seelischen Not wissen sie Geld zu schöpfen. Bekanntlich besteht in den letzten Schichten unseres Volkes nicht nur ein körperlicher Hunger, sondern auch ein Hunger nach Trost und geistiger Erquickung. Das machen sich geübte Geschäftsleute zunutze, indem sie auf das Gefühl der Bedrückten spekulieren. Besonders viel Unfug wird gegenwärtig mit der Frage des Fortlebens nach dem Tode und des Wiedersehens im Jenseits getrieben. Manche Witwe und manche Mutter, die etwas Liebes verloren haben, grübeln über diese Frage. Ihren Wünschen kommen zahlreiche Bücher entgegen, die von Buchhändlern zu teuren Preisen auf den Markt geworfen werden. Es ist fast ausnahmslos Schund, was den mißbegierigen Lesern und Leserinnen geboten wird. In einem dieser Werke mit schlechtem Druck und elender Ausstattung, das für 2 Mk. verkauft wird, werden die tiefsten Welttrübsal mit einer Oberflächlichkeit erörtert, die nur von der Dreistigkeit und Unwissenheit des ungenannten Verfassers übertroffen wird. Der Verfasser kommt auf Grund „naturwissenschaftlicher Untersuchungen“ und mit Bezugnahme auf die Lehren der sogenannten „Geheimwissenschaften“ zu dem Ergebnis, daß wir unsere Lieben nach dem Tode wiedergesehen werden. Dabei empfiehlt er mit der Witwe der Harnlosigkeit zum Zwecke eines gründlichen Studiums die Frage nach anderen Büchern, die „zufälligerweise“ in dem gleichen Verlag wie das feine erschienen sind. Die Preise für alle derartigen Bücher sind verhältnismäßig sehr hoch, und wenn eine arme Frau, deren Wißbegierde erweckt ist, der Sache auf den Grund gehen will, so kann sie leicht 20 bis 30 Mk. dabei los werden. Dabei bleibt sie gerade so klug wie zuvor, aber der Geist gerät in Verwirrung und Aufregung. Anstatt daß ihre Seele Trost schöpft aus der Beschäftigung mit diesen Dingen, werden Zweifel rege und Unruhe geschaffen. Wer im Buche Trost sucht, der ist nur gut beraten. Aber noch immer haben gute Werte der Dichtkunst, die das Denken wieder auf das Leben in seiner unendlichen Größe lenken, am besten getrübt und Ruhe gespendet. Alles andere ist großer Unfug und gewissensloser Schwindel. Die Verfasser und Verbreiter der „Geheimwissenschaften“ Bücher handeln sehr gewissenlos. Ihnen wie den vornehmen Zeitungen, die marktfeilerische Redaktionen veröffentlichen, ist es nur um die Groschen der Armen zu tun, die so gräßlich geäußert werden.

* Besondere Quittungen für die Renten-Zulagen. Wie bereits mitgeteilt, werden die Invalidenrenten, die auf Grund geklebter Marken gezahlt werden vom 1. Februar 1918 um 8 Mk. monatlich erhöht, die Witwen- und Witwerrenten um 4 Mk. monatlich. Es wird nun viel gefragt, ob diese Renten-Zulagen von 8 Mk. und 4 Mk. gegen eine besondere Quittung gezahlt werden, oder gegen die eine Quittung, die bisher geleistet werden mußte. Die nötige Aufklärung darüber geben jetzt die Ausführungs-Bestimmungen zur Verordnung über die Rentenerhöhung; es heißt darin: „Der Rentenempfänger ist darauf hinzuweisen, daß für jeden Kalendermonat eine besondere Zulagen-Quittung erforderlich ist, und zwar auch dann, wenn er, wie z. B. bei der ersten Rentenzahlung, die Zulage für mehrere Monate erhebt.“ Erstmals für Februar 1918 ist

also immer neben der Quittung über die Rente noch eine zweite Quittung über die Zulage von 8 oder 4 Mk. auszufüllen. Wer eine Witwen- oder Waisenrente bekommt, darf dies nicht vergessen; sonst wird ihm die Zulage auf der Post nicht gezahlt.

Eine Stadttheaterdebatte

fand in der letzten Stadtverordnetenversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand die Besetzung des Voranschlags für das Stadttheater, der nach einer längeren Debatte angenommen wurde. Leider war die Kritik, die von mehreren Stadtverordneten geübt wurde, nicht so gründlich, wie es im Interesse der Sache wünschenswert gewesen wäre. Stadtverordneter v. Brzezinski forderte unter anderem nähere Angaben über die Gehälter des Personals und den Reingewinn des Direktors. Bürgermeister Bail gab jedoch die gewünschten Angaben nicht. Sie gehörten nach seiner Meinung nicht zum Haushaltsplan. Selbstverständlich hat die Stadt die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Gehälter des Stadttheaterpersonals auch den heutigen Verhältnissen entsprechen. Bürgermeister Bail war schon im vorigen Jahre recht schweigsam, als die Schauspieler durch eine Notiz in der Presse erklärten, daß sie zum Teil noch nicht einmal die volle Friedensgage erhielten. Um so notwendiger wäre es dieses Mal gewesen, wenn die Stadtverwaltung hierüber nähere Angaben gemacht hätte, da ihr laut Vertrag eine Kontrolle der Gagenverhältnisse zugesichert ist. Durch die Debatte wurde bekannt, daß der Reingewinn im vorigen Jahre 144.594 Mark betrug, wovon 73.158 Mark der Stadt und 71.436 Mark dem Theaterdirektor zufließen. Lebhaftige Klage wurde auch darüber geführt, daß durch die starke Abgabe von Abonnementskarten der minderbemittelten Bevölkerung es unmöglich gemacht wird, Eintrittskarten zu erlangen. Eine eigenartige Einrichtung besteht an unserm Theater noch darin, daß Offiziere die Vergünstigung haben, Karten zu ermäßigten Preisen zu erlangen. Während in anderen Städten diese Vergünstigung Soldaten vom Feldwechsel abwärts zu teil wird, genießen sie hier heute, die den bescheiden Schichten angehören. Das künstlerische Niveau unseres Musiktempels hat sich seit der Direktionszeit Schapera's bedeutend gehoben. Daß aber für die Stadtverwaltung noch eine Anzahl Reformen beim Stadttheater der Erledigung harren, bewies auch diese Debatte.

Der Arbeitergesangsverein Sängergesang

erlebte in seiner kürzlich abgehaltenen Versammlung die fälligen Vorstandswahlen. 1. Vorsitzender blieb Bubner, 2. Vorsitzender wurde Baumer. Eine Statutenberatsammission soll neue zeitgemäße Satzungen ausarbeiten. Die Kasse enthält 500 Mk. Der Verein zählt 122 Mitglieder. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten beschloß zwei Gesangsstücke den Abend.

Einen Theaterabend

veranstalten die Sozialdemokratischen Vereine Danzig Stadt und Land am Sonnabend, den 2. Februar in der Ostbahn-Dra. Das Programm verspricht einige sehr genussreiche Stunden. Zur Aufführung gelangen die Webermeister Singspiele „Das Fest der Handwerker“ und „Guten Morgen, Herr Fischer“. Beide Stücke fanden schon gelegentlich ihrer Aufführung am 1. Januar im Gewerbehaus durch ihre flotte Wiedergabe und hübschen Kostümierung lebhaften Anklang. Ein Besuch des Abends kann deshalb nur empfohlen werden. Karten sind im Vorverkauf zu haben in der Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32, Zigarrenhandlung Seifin, Schüsselbamm 56, im Parteibüro 4, Damm 7 und in Dra beim Genossen Walz, Niederfelde 4.

Am Teufel, Lustspiel in 3 Aufzügen von Karl Sloboda.

Ein Lustspiel, das wenig zum Lachen bietet. Im Gegenteil. Man erwartet nach dem zweiten Akt sogar einen tragischen Ausgang. Aber im dritten Akt erscheint der totgeglaubte Dr. Abel wieder und das Stück schließt mit einer Versöhnung. Darin liegt keine Schwäche. Der Dichter hätte den tragischen Ausgang nicht scheuen dürfen. Aber er wollte wohl durchaus ein Lustspiel schaffen. Sicherlich steht dieses Werk turmhoch über den vielen andern seiner Gattung. Seine Mildeufklärung, blendend geistreicher Dialog und scharfe Charakterisierung sind die Vorzüge, die Slobodas Lustspiel ausweist. Sicherlich läßt sich von dem Dramatiker noch manches Gute erwarten.

Die goldenen Damen

„Vaterlandsparteiliche“ Durchfaller.

Im „Anzeigenteil“ der angesehenen Kunstzeitschrift, erzählt Hans von Weber: Die Vaterlandspartei hielt in München eine Doppelversammlung ab. Mehr als noch anderswo hatte in Bayern der gegen demokratische Entwicklung protestierende Teil der Königsberger Erklärung Anstoß erregt. Es galt wohl, hierüber zu beruhigen. Weniger bei der „guten Gesellschaft“ als bei dem Volk mußte die Beunruhigung Platz greifen, wollte die Vaterlandspartei in Bayern Wurzel fassen. Um das Volk heranzuziehen, nahm man 2 Mark und 1 Mark Eintrittsgeld, und als alle Karten vergriffen waren, wurde niemand weiter Einlaß gewährt. Da Herr von Tirpitz, den jeder Deutsche auch dann dankbar verehrt, wenn er politisch anderer Ansicht ist, als Redner gewonnen war, war der Ansturm groß. Ein elegantes Publikum füllte, mit Operngaudern bewaffnet, die Tonhalle bis auf den letzten Platz. Herren in Gesellschaftskleidung, in Smoking oder Cigarren und Damen in großer Toilette, schimmernd von Edelsteinen. Gold und Perlen wie ein Kapernschiff von Muscheln. Oben vor der Orgel saß ein Mann und gewaltig der Meister des rollenden R, Herr von Hoffmann. Schon daraus erlah man, daß es ein gesellschaftliches Ereignis war. Auch Ganghofer soll dagewesen sein. Duld, hah. Eben veröffentlichte eine Münchener Zeitung keinen Spruch:

„Jeder Goldschmuck, den der Eitel trägt,
Wird ein Goldschmuck, das nicht und schlägt.
Deutscher, gib! Verlangere nicht den Krieg!
Gold ist Waffe, Gold ist Kraft und Sieg!“

Das ist zwar nicht sehr schön gedichtet, aber es ist sehr wahr. Dieses Gold und die dazu gehörigen Steine und Perlen waren nicht in der Reichsbank, sondern prunkten an Fingern, Ohren, Hals und Brust der Damen im Saale der Vaterlandspartei. Sie trugen „Deutschland über alles“. Aber noch über dieses alles ging ihnen Deutschlands „Waffe“. Darum behingen sie sich damit. „Gold ist Kraft und Sieg.“ Es war sehr schön und vaterländisch in der Versammlung der Vaterlandspartei. Man

Die Eröffnung der interessanten Skizzen am Montag hinterließ einen günstigen Eindruck. Die Spielleitung Slogmund Haas hatte sowohl durch die behaglichen Hauslichkeiten des Ehepaares, wie auch durch die mit prächtiger Eleganz ausgestattete Junggesellenwohnung des Dr. Abel einen passenden Bühnenrahmen für das Stück geschaffen. Die „Einführung“ spielte die Frau Lea. Sie blieb der auch vom Dichter sein charakteristischer Gestalt in den ersten beiden Akten nichts schuldig. Die Darstellung im letzten Akt jedoch, wo sie die Nachricht vom Tode des Freundes erhält und die Gerichtigkeit, daß ihr Mann ihn mit seiner grundlosen Eifersucht in den Tod getrieben, hätte von starker Wirkung sein können. Eine rollende Gestalt hat sich als der nervöse, zerkümmerte, von Eifersucht und Mißtrauen beherrschte Gatte. Eine (Kanzlei) für Heinz Perino war die Rolle des Dr. Abel. Mit sicherem Griff und vornehmer Eleganz spielte er den Bedienten, der bewußt mit Blasphemie und Steptismus (Schwachsinn) Hans Liebes und Annemarie Westphal beschäftigten sich mit Geschäften in den kleinen Rollen als Diener und Hausmädchen, nur dürfte letztere beim Lesen der Todesnachricht nicht eine Heulzene veranstalten. Das gutbesuchte Haus tarte nicht mit Belfall.

Der Nationale Frauendienst hält am Mittwoch den 23. Januar in der Aula der Petrischule, Hansplatz, Felerstunden ab. Zur Vorführung gelangen Lichtbilder, Gefangenvorträge und ein von jungen Mädchen veranstalteter Holzpantommentanz. Alles weitere ist aus der Anzeige dieser Nummer ersichtlich.

Die Ortsgruppe Danzig des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehedemigen Kriegsteilnehmer hält Sonntag den 20. Januar, vormittags 11 Uhr, im Jungstädtischen Gesellschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab. Ein Mitglied der Handwerkskammer hält einen Vortrag über: Berufsberatung.

Kriegszulagen und Steuer.

Ständige und einmalige Kriegsteuerzulagen sind dem steuerbaren Einkommen nicht hinzuzuzählen. Das gilt für Beamte und Arbeiter, jedoch mit der Einschränkung, daß diese Wohltat nur den Arbeitern in Betrieben des Reichs, des Staates, der Kommunalverbände usw. zugute kommt. Die Bemühungen, diese Steuerleichterung auf alle Arbeiter auszudehnen, waren bisher noch ohne Erfolg.

Eine neue Bekanntmachung über Lohnpfändung

hat der Reichsfinanzminister am 13. Dezember 1917 erlassen: sie ist am 20. Dezember in Kraft getreten.

Nach der neuen Bekanntmachung ist der Arbeits- oder Dienstlohn soweit er 2000 Mark jährlich übersteigt, zu einem Zehntel des Mehrbetrages (200 Mark) der Pfändung nicht unterworfen.

Hat der Schuldner seinem Ehegatten oder ehelichen Kindern unter 16 Jahren Unterhalt zu gewähren, so erhöht sich der unpfändbare Mehrbetrag für jedes diese ehelichen Kinder und die Ehefrau um ein weiteres Zehntel, jedoch höchstens auf fünf Zehntel des Mehrbetrages.

Comet bei alleinlebenden Schuldnern der unpfändbare Teil des Lohnes den Betrag von 2500 Mark übersteigen würde, bei Schuldnern mit Ehegatten und Kindern den Betrag von 3600 Mark unterliegt die Pfändung keinen Beschränkungen. Mehr als 2500 Mark oder 3600 Mark sind in keinem Falle unpfändbar.

Einige Beispiele: 1. Ein lediger Schuldner hat jährlich 3300 Mark Lohn. Unpfändbar davon sind 2000 Mark und ein Zehntel von den übrigen 1300 Mark, das sind 130 Mark. Im ganzen sind also in diesem Falle unpfändbar 2130 Mark.

2. Ein Schuldner mit Frau und drei ehelichen Kindern unter 16 Jahren hat 3600 Mark Jahreslohn. Unpfändbar sind 2000 Mark, außerdem vier Zehntel von den übrigen 1600 Mark, das sind 640 Mark. Unpfändbar sind also hier von den 3600 Mark im ganzen 2640 Mark.

Deshalb erhalten wir so wenig Butter.

Die Knappheit an Milch und Butter hat mancherlei Gründe. Einer der Gründe kam vor der Berufungsinstanz zur Verhandlung. Der Hofbesitzer Karl Ruch in Wobdel war vom Schöffengericht zu 80 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er seine Butter nicht abgeliefert hatte. Er legte Berufung ein und behauptete, daß die Sammelstelle für Butter ihm die Butter nicht abgenommen habe. Das Ergebnis der Beweisaufnahme war recht interessant und bemerkenswert: Die Frau des Angeklagten hat dem Aufichtsbeamten im Juni 1917 zugegeben, daß sie von den acht Milchkühen täglich etwa 40 Liter Milch erhalten. Davon machten sie mindestens 11 Pfund Butter wöchentlich. Zwei Pfund dürfen sie für den eigenen

Haushalt verbrauchen, so daß wöchentlich 9 Pfund abzufallen wären. Der Landrat hatte dort eine Sammelstelle eingerichtet, die mit einem Badengeschäft zu vergleichen ist. Der Inhaber kauft die Butter zu dem Höchstpreise, so weit die Butter als Butter anzu sprechen ist, und verkauft sie an die Berechtigten im Dorfe weiter. Die übrige Butter hat er an die Provinzialstelle für Butter abgegeben und erhält dafür 20 Pfennig das Pfund. Schlechte Butter hat er gleichfalls abzugeben, aber mit einem geringeren Preise zu bezahlen. Diese Butter wird in Butterschmalz verwandelt. Der Inhaber der Sammelstelle Schlawginski sagte als Zeuge aus, daß der Angeklagte ihm zwei mal 4 Pfund Butter zur Ablieferung gebracht habe. Beide Mal habe der Zeuge die Butter nicht angenommen, weil er nur so viel Butter entgegen nahm, als er für das Dorf gebraucht. Für die Provinzialstelle habe er keine Butter angenommen. Der Vorsitzende meinte zu dieser überraschenden Aussage, daß es dann ja erklärlich sei, weshalb die Butter so spärlich in die Stadt komme. Dann müßte doch eigentlich Schlawginski auf die Anklagebank. Das Gericht kam unter diesen Umständen zur Freisprechung des Angeklagten.

Uns will scheinen, daß Schlawginski nicht auf die Anklagebank gehört. Der Mann hat seine ihn belastende Aussage frei und offen vor Gericht gemacht. Ihm ist offenbar das Strafbare seiner Handlung gar nicht zum Bewußtsein gekommen. Das läßt darauf schließen, daß seine Anweisung, gelinde ausgedrückt, sehr mangelhaft gewesen sein muß. Aber noch eine andere Frage taucht bei dieser Gelegenheit auf. Und das ist die: Werden die Sammelstellen nicht kontrolliert, richtet man sie von Amts wegen nur ein und läßt sie dann schalten und walten, wie sie es für richtig halten?

Unter solchen bösen Verhältnissen ist es freilich kein Wunder, wenn die Bevölkerung an Buttermangel leidet und der Butter-schleichhandel die schönsten Blüten zeitigt.

Wegen der von uns wiederholt kritisierten Herabsetzung der Buttermenge durch die Provinzialstelle für Westpreußen, hat auch der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen sich energisch ins Zeug gesetzt. Er verlangte in einer Eingabe an die Provinzialstelle, daß der Stadt Danzig die bisherige Buttermenge auch weiterhin zugewiesen wird. Darauf ist folgende ablehnende Antwort erteilt worden:

„D“ nach der Anordnung der Reichsstelle für Speisefette vom 15. Dezember 1917 auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung festgesetzte Verbrauchsmenge von 70 Gramm Speisefett für die Woche ist eine Höchstmenge. Ihre Zuteilung ist, wie die Reichsstelle ausdrücklich hervorhebt, von dem Umfange der zur Verfügung stehenden Menge von Speisefetten abhängig, so daß ein Anspruch auf die Lieferung der bestimmten Rationemengen nicht besteht. Die allgemeine Knappheit an Speisefett hat es in der Praxis fast durchweg nicht erlaubt, die für die versorgungsberechtigten zulässigen Höchstmengen auch tatsächlich auszugeben. Die Herabsetzung auf 62,5 Gramm auf 10 Tage in unserer Provinz war nach dem Maß der uns zur Verfügung stehenden Fettmengen leider nicht zu vermeiden. Ich bin daher bis auf weiteres nicht in der Lage, die Anordnung rückgängig zu machen und der Stadt Danzig eine höhere Fettmenge zuzuwenden. Zieh, Verwaltungsgeschäftsdirektor.“

Die allgemeine Knappheit an Speisefetten soll also schuld daran sein, daß die Buttermenge herabgesetzt worden ist. Mit dieser Begründung könnte schließlich eine noch weitere Herabsetzung der an die Bezugsberechtigten zu verabsagenden Menge entschuldigt werden. Eine solche Anordnung zu erlassen ist auch viel leichter, als Maßnahmen durchzuführen, die zur restlosen Erfassung der erzeugten Buttermenge geeignet sind. In dieser Beziehung hapert es nämlich ganz gewaltig, wie der obige Gerichtsbericht beweist. Soll das so weiter gehen? Wo bleibt der von uns wiederholt geforderte Beirat, ist er immer noch überflüssig?

Abgabe von Lebensmitteln

Mg. Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittel bekannt, die im Laufe der nächsten Woche auf die Lebensmittel- und Kartoffelarten erhältlich sind. Das Nähere ergibt die Bekanntmachung.

Wie im Anzeigenteil der heutigen Nummer unseres Blattes bekannt gemacht ist, ist am 15. Januar d. J. eine neue Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Bestandserhaltung von gebrannten und anderen künstlichen Mauersteinen, Dachziegeln aller Art und Drainageröhren aus Ton in Kraft getreten.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Danzig veröffentlicht im Anzeigenteil unserer heutigen Nummer

Die Kosakenheere des russischen Reiches

Die Kosakenheere des russischen Reiches zu schreiben, würde eine im höchsten Grade fesselnde Aufgabe sein, freilich auch eine überaus schwierige, da die Quellen nicht leicht erreichbar und zeitlich wie räumlich weit verstreut sind. Nach der letzten russischen Volkszählung wurden im ganzen 11 Kosakenheere mit insgesamt fast 3 Millionen Köpfen untergeben. Ihre Wohnsitze sind durchaus nicht auf das europäische Rußland beschränkt, obwohl mehr als die Hälfte dieser Kosaken im europäischen Rußland wohnt.

Das Heer der Donkosaken, das mit den benachbarten Kuban- und Terekkosaken fast zwei Drittel der Gesamtzahl ausmacht, haben immer die wichtigste Rolle von allen Heeren gespielt, da sie es waren, die vor fast genau 300 Jahren die Romanows auf den Thron setzten. Zum Dank dafür wurden sie von Peter dem Großen unterworfen und später zur Kaisertruppe erniedrigt, haben aber ihren engen Zusammenhang mit dem Zarenthum bis auf die neueste Zeit nicht verliert. Außerdem haben die genannten Heere wohnen auf europäischen Boden noch die Terekkosaken, die Kuban- und Terekkosaken und zum Teil auch die Ural- und Ussurkosaken, denen sich die Dneprkosaken anschließen. Unter den Heeren im asiatischen Rußland nehmen die Sibirkosaken im

Quellgebiet des Tobol und Irtysh den weitesten Raum ein. Südlich von ihnen am Balkaschsee ist der Sitz der Semirjetkosaken, noch weiter östwärts, südlich des Baikalsees, der Raum der Trans-Baikalkosaken. Die Amurkosaken sind längs des Tales dieses großen Stromes verteilt, und das östliche Glied der Kosakenheere bilden endlich die Ussurkosaken am gleichnamigen Fluß nördlich von Wladivostok.

Auch an Landbesitz sind die Donkosaken weitaus am reichsten, denn sie haben davon fast ebensoviel wie die übrigen Heere zusammen genommen. Daher stammt auch, wie Alldorfer im „Neuen Orient“ hervorhebt, ein guter Teil des Widerstandes dieser Kosaken gegen die russische Staatsumwälzung, die sie alle Ursache haben, die Aufstellung ihrer weit über den Bedarf hinausgehenden Reiterregimenter zu fürchten.

An der Spitze ihres Heeres steht ein Hetman oder Ataman, der die Stellung eines Militärregimentars einnimmt. Im übrigen genießen die Heere eine Selbstverwaltung von großer Unabhängigkeit. Die Heere des europäischen Rußlands sind von durchaus großrussischer Zusammensetzung, da die Bestandteile anderer Völkergemeinschaften fast ganz im großrussischen Element aufgegangen sind. Unter ihnen schon das Dneprburger Heer, aber durch den stetigen Einfluß der russischen Regierung fast ganz zu einem einheitlichen Körper verschmolzen. Unter den sibirkischen Kosaken überwiegen die Kokandianer, und die Entwicklung dieses Heeres zu einer russischen Einheit hat sich in einen wachsenden Gegensatz zu dem Russenium gestellt. Zu den Donkosaken in engem Zusammenhang mit dem ukrainischen Volkstum, denen sie sich gleich nach der diesjährigen Revolution anschließen. Schon Ende Juni wurde das erste ukrainische Kosakenregiment gebildet.

Auch die Heere des fernen Ostens blicken zum Teil schon auf eine lange Geschichte zurück. So sind die Anfänge des Transbaikaliens gleichfalls schon 300 Jahre zurückzuverlegen, obgleich sein eigentlicher Zusammenschluß erst vor etwa 80 Jahren erfolgte. Wichtig ist der Hinweis, daß mit diesem Heer die Japaner Fühlung zu nehmen verstanden haben. Im Gegensatz zu dem Völkergemisch der anderen asiatischen Heere tragen die am Amur und Ussuri wieder einen fast rein russischen Charakter. Sie sind erst vor 50 Jahren begründet worden, um die russische Herrschaft im äußersten Osten zu sichern. Am ganzen erscheinen die Kosakenheere als zerstückte Völkergemeinschaften und nur die Donkosaken mit ihren Nachbarn können als einheitliche Völkergemeinschaft betrachtet werden.

eine wichtige Ergänzung einiger Paragraphen der Satzungen der Kasse, worauf wir hierdurch aufmerksam machen.

„Kassentamp“ gegen die „Volkswehr“

Unter dieser Überschrift veröffentlichten wir in Nr. 2 dieses Jahrgangs einen Bericht über die Gerichtsverhandlung in der Privatklagelage des früheren Redakteurs der „Volkswehr“, Gustav Schröder, gegen Genossen Gehl. Daß dieser Bericht, der nur Tatsachen feststellt, dem Kläger Schröder nicht gefallen würde, war voraussehbar. Daß Schröder aber bestreitet würde, um eine hohe Strafe gebieten zu haben, konnten wir uns natürlich nicht denken. Dennoch ist das jetzt geschehen. Schröder ersucht uns unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme nachstehender

Berichtigung:

Es ist unrichtig, daß ich um eine „hohe Strafe“ gebeten hätte.

Richtig ist, daß ich die Strafe gegen Gehl dem Ermessen des Gerichts anheimstellte.

Danzig, den 16. Januar 1918.

Gustav Schröder.

Wir sind leider zur Aufnahme solcher Berichtigung gesetzlich gezwungen, halten jedoch unsere Darstellung vom Gang der Verhandlung aufrecht.

* Das 2½-Pfennigstück. Durch die Einführung von Postwertzeichen im Werte von siebenhundert Pfennig ist es notwendig geworden, auch eine Münze zu schaffen, die den Erwerb eines einzelnen solchen Postwertzeichens ermöglicht. Es wurde daher die Einführung einer neuen Münze im Werte von zweieinhalb Pfennig beschlossen. Von der Durchführung dieser Beschlüsse wird aber einzeitiger Abstand genommen werden müssen, weil die für eine solche Münze in Betracht kommenden Metalle zurzeit nicht zur Verfügung stehen. Das Zweieinhalb-Pfennigstück wird mithin erst nach dem Kriege zur Ausprägung gelangen. Mit seinem Erscheinen im Zahlungsverkehr wird das 2-Pfennigstück entbehrlich, das 1-Pfennigstück kann bei ausreichender Prägung das 2-Pfennigstück vollkommen ersetzen.

* Fort mit den Holzsohlen! In der „Neuen Zeit“ schreibt H. Kröbig: „Auch Stiefelsohlen aus Textilen gibt es, so stark und preiswert, daß wir wünschen: Zum Teufel mit den unzweckmäßigsten aller Kriegssohlen, den Holzsohlen! Eine unzweckmäßigere, gefährlichere Sohle wie die Holzsohle konnte mirlich nicht erfunden werden. Es scheint fast so, als habe man eine Preisbewerzung ausgeschrieben für die Heranbringung einer Stiefelsohle, mit der es gelingt, recht viele Knochenbrüche herbeizuführen. Die Sächsishe Rüstweberei von Csaneg A.-G. ist allein auf eine Jahresproduktion von 26 Millionen Stiefelsohlen aus ausgezeichnetem imprägniertem Textilgewebe eingerichtet. Das Verkaufsmonopol aller Arten Kriegesstiefelsohlen hat die Kriegessohlenfabrikation. Die aber hat sich besonders lapprig auf den Vertrieb von Holzsohlen und nutzt die Produktion der Textilsohlen nicht aus. Dabei sind die Sohlen sehr billig. Ein Paar Sohlen für Männerstiefel kosten 2,50 Mark.“ Der Kriegessohlenfabrikant für Konsumanteninteressen verlangt, daß die Kriegessohlenfabrikation offen erklärt, weshalb sie der Holzsohle zuliebe einen großen Betrieb brach liegen läßt und weshalb sie der deutschen Bevölkerung die Holzsohle aufdrängt, obwohl es, wie Kröbig behauptet, eine bessere und wohlfeilere Sohle gibt.

Aus Westpreußen

Aus Stettin, Nr. Danziger Niederung, kommt die überraschende Mitteilung, daß an dortige Einwohner ungenießbares Brot verkauft worden ist. Mehrere Familien sind nach dem Genuß des Brotes erkrankt. Der Gemeindevorsteher wargerte sich, diesen Leuten die in Frage kommenden Abkämpfe der Brotsorte zu erklären. Die Leute, die das schlechte Brot kauften, sind dadurch doppelt und dreifach geschädigt. Erstens haben sie ihr Geld nutzlos ausgegeben, zweitens erkrankten sie und drittens verloren sie mehrere Brotmarken. Diese sollten den kranken schon schwer geschädigten Personen so schnell wie möglich ersetzt werden. Auch wäre eine Untersuchung des in Betracht kommenden Brotes sehr nützlich.

Der Sozialdemokratische Verein in Ohra hält Dienstag abend 8 Uhr in der Disbahn eine Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: Abrechnung; Vortrag des Genossen Meel: Bericht des Genossen Walz; Winterferien; am 2. Februar: Verschiedenes. Volkswachposten sind als Gäste willkommen.

Der Unzufriedenheit Lösung. Ein Vorfall, dem zwei Personen zum Opfer fielen, ereignete sich auf einem Gute im Sandberg. Ein Arbeiter, der mit der Beaufsichtigung der Arbeit beschäftigt war, sah sich genötigt, einen Widerwilligen Anordner aus dem Stalle zu weisen, worauf der Anordner sich mit einem Messer gegen ihn wandte. Der Arbeiter, der einen Arm im Dienste des Arbeitgebers eingebüßt hatte, ließ in der Notwehr mit seinem Revolver auf den Anordner los. Der Anordner wurde durch den Schuß in den Kopf getroffen und starb. Der Arbeiter wurde durch den Schuß in den Arm getroffen und wurde durch den Verlust des Armes in die Lage versetzt, seinen Arm nicht mehr zu gebrauchen. Der Arbeiter wurde durch den Verlust des Armes in die Lage versetzt, seinen Arm nicht mehr zu gebrauchen.

Der Arbeiter wurde durch den Verlust des Armes in die Lage versetzt, seinen Arm nicht mehr zu gebrauchen. Der Arbeiter wurde durch den Verlust des Armes in die Lage versetzt, seinen Arm nicht mehr zu gebrauchen.

Der Arbeiter wurde durch den Verlust des Armes in die Lage versetzt, seinen Arm nicht mehr zu gebrauchen. Der Arbeiter wurde durch den Verlust des Armes in die Lage versetzt, seinen Arm nicht mehr zu gebrauchen.

Hausdurchsuchungen müssen nach einer Verordnung des Bundesrats spätestens bis zum 31. Januar vorgenommen sein. Nur in Ausnahmefällen dürfen von den maßgebenden Stellen nach dem 31. Januar Hausdurchsuchungen gestattet werden.

Schwerer Getreidekliegungen vor Gericht

Vor der Brandenburger Strafkammer hatten sich der Bahnhauskassierer Friedrich Schütz aus Großschm, der Eisenbahnkassierer Otto Wandte, der Hilfskassierer Albert Solta und der Kassierer Rudolf Heyden aus Autowitz, letzterer in Untersuchungshaft, zu verantworten. Schütz, Wandte und Solta waren auf der Haltestelle in Autowitz tätig. Mit Hilfe zweier Händler, Gebrüder Otto und Karl Hartopp, gegen die anderweitig ein Verfahren schwebt, hatte Heyden die drei Beamten bestochen. Hierfür verurteilte er und Gebr. H. Hartopp, die sie als mit Karöffeln, Weizen und die letzten drei mit Unzugut beladen bezeichneten. Alle fünf waren aber mit Getreide beladen und gingen an fingierte Adressen nach Berlin. Auch die Abgaben waren falsch angegeben. Das Gericht erkannte gegen Schütz auf 3 Jahre, gegen Wandte auf 6 Monate, gegen Solta auf 4 Monate, gegen Heyden auf 2 Jahre Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe. Die Befehlsgelder wurden eingezogen.

Gewerkschaftliches

Das Wachstum der Gewerkschaften.

In einem Rückblick auf das Jahr 1917 teilt das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission mit, daß vom dritten Quartal 1916 bis zum dritten Quartal 1917 die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 947 564 auf 1 201 770 gestiegen ist. Das entspricht einer Zunahme von 254 206 oder 26,8 Prozent. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg dabei von 155 000 auf 365 000, eine Zunahme um fast zwei Drittel. Aber während die Gewerkschaften 118 895 weibliche Mitglieder neu gewannen, nahmen sie trotz der fortwährenden Entlohnung der Kriegswirtschaft von männlichen Arbeitskräften doch noch um 135 511 männliche Mitglieder zu. Die Kräftigung der Gewerkschaften eröffnet den Arbeitern und Angestellten gute Aussichten, auch nach dem Krieg ihre Interessen ausreichend wahren zu können.

Auch von der sozialdemokratischen Partei sagt das „Korrespondenzblatt“, daß sie im Jahre 1917 innerlich stärker und nach außen hin nicht einflussärmer geworden ist. Sie sei seit dem Austritt der „Unabhängigen“ in erfreulicher Wiedergeburt.

Der Streit im Leipziger Gewerkschaftskartell

Ist leider wieder ausgebrochen. Am 26. November 1917 wurde bekanntlich eine Vereinbarung über den Wiedereintritt der aus dem Kartell ausgeschiedenen Gewerkschaften geschlossen. Am 18. Dezember faßten diese jedoch eine Resolution, in der sie als Voraussetzung ihres Wiedereintritts den Bruch mit der Politik der Generalkommission und die Fühlungnahme mit allen Faktoren der Arbeiterbewegung verlangten. Darin sah die Generalkommission einen Bruch der geschlossenen Vereinbarung und eine Unethik; die Verhandlungen über Wiederaufhebung dieser Resolution führten zu keinem Ergebnis, nur einige Vertreter der ausgeschiedenen Gewerkschaften erklärten, daß sie gemäß der Vereinbarung vom 26. November handeln würden.

Diese ewigen Kabbalgereien sind doch wahrhaftig wertlos und bedauerlich.

Das erste Achtsundengesetz in Europa.

Die Ehre, den europäischen Parlamenten in dieser Reform vorangegangen zu sein, kommt der gesetzgebenden Versammlung des jüngsten Staates zu. Der jungen Republik Finnland ist noch vor ihrer Geburt dieses bedeutungsvolle Geschenk in die Wiege gelegt worden. Die wichtigsten Bestimmungen des vom finnischen Landtag am 27. November genehmigten Gesetzes sind:

Das Achtsundengesetz gilt: 1. für Handwerks- und Fabrikbetriebe nebst anderen industriellen Unternehmungen; 2. für den Bau, die Reparatur und den Unterhalt von Häusern, Höfen, Bahnen, Brücken, Wegen und anderen Verkehrseinrichtungen; 3. für Bergungs- und Taucharbeiten; 4. für Schwimm- und Badeeinrichtungen; 5. für Abraumungs-, Reinigungs-, Trockenlegungs- und Straßeneinrichtungen; 6. für Maß- und Holzarbeit; 7. für Drift- und Flößerarbeit; 8. Lade- und Löscharbeit; 9. Handels-, Kontor- und Magazinarbeiten; 10. Wirtschaften, Hotel- und Kaffeehausbetriebe.

Weiter gilt das Gesetz für Betriebe und Unternehmungen: 1. Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr, Post-, Zoll- und Telephon-einrichtungen, sowie Kanäle; 2. Automobil- und Fuhrmannsverkehr; 3. Krankenhäuser und Gefängnisse; 4. Betriebe und Einrichtungen, die den vorgenannten gleichgestellt werden können.

Was in diesem Gesetz bestimmt wird, gilt ebenso für Unternehmungen von Staat, Gemeinde, Kirchspiel, von Vereinen und Einrichtungen, wenn sie auch nicht gewerksmäßig betrieben werden. Dagegen findet das Gesetz keine Anwendung auf die Hauswirtschaft, sowie auf die Landwirtschaft und ihre Nebenbetriebe, sowie unmittelbar mit der Landwirtschaft zusammenhängende Arbeiten.

Die Arbeit darf in den im § 1 Abs. 1 genannten Betrieben außer in den im Gesetz bezeichneten Ausnahmen nicht länger als 8 Stunden täglich und 96 Stunden in zwei Wochen dauern. Wenn die technische Eigenart der Arbeit oder sonstige zwingende Umstände es erfordern, können die Arbeiter länger als 8 Stunden am Tage beschäftigt werden, doch so, daß die Zahl der wöchentlichen Stunden dadurch nicht erhöht wird.

Bei Driftarbeit und Flößerarbeit, bei Ladearbeiten, bei Kontorarbeiten und in Koffereien, ebenso in den im § 1 Abs. 2 genannten Betrieben darf der Arbeiter in der Regel nicht länger als 192 Stunden in vier Wochen arbeiten.

Die Strafen für Verletzung dieses Gesetzes beginnen mit 5 bis 25 finnischen Mark für jeden im Widerstreit mit dem Gesetz beschäftigten Arbeiter und mit einem Höchstmaß von 10 000 Mark. Ist die Verletzung trotz Verbots der Inspektionsbehörde begangen worden, so steigt der Satz auf höchstens 50 Mark pro Arbeiter und Tag in einem Maximum von 20 000 Mark.

Das finnische Achtsundengesetz ist der Energie der finnischen Sozialdemokratie zu verdanken, die es im früheren, in seiner Mehrheit sozialdemokratischen Landtag ausgearbeitet, und die zuletzt durch eine mächtige Streikbewegung dem neuen Landtag die Zustimmung abgerungen hat.

Wann werden wir in Deutschland soweit sein?

Aus der Partei

Ein Sozialdemokrat als Ehrenbürger.

Der Stadtrat in Frankenburg (Schwarzburg-Rudolstadt) ernannte einstimmig den Genossen Franz Wüner, der 25 Jahre dem Sozialismus angehört, als Anerkennung für seine Verdienste um die Stadt zum Ehrenbürger. Franz Wüner, ein alter treuer Genosse, ist der Öffentlichkeit bekannt durch seine langjährige Tätigkeit als Präsident des Rudolstädter Landtags.

Sozialdemokratischer Reichstagskandidat in Niederbarnim

Die offiziellen „Mitteilungen“ der sozialdemokratischen Parteiorganisation für Großberlin bestätigen nunmehr, daß die Sozialdemokratie sich in Niederbarnim an der Reichstagswahl beteiligen wird. Als Reichstagskandidat wird der Arbeitersekretär Genosse Rudolf Wülfel, ein früherer Metzgerarbeiter, der seit Jahren als hervorragender sozialpolitischer Sachverständiger gilt und auf dem Wuppertaler Parteitag das Referat über Sozialpolitik hatte, in Vorschlag gebracht.

Aus allen Tagen des Bruderkampfes.

Wer ist der „Rötere“?

Von einem unserer Barmer Parteifreunde erhält die „Elberfelder Freie Presse“ folgende Aufschrift, die wir gern zum Abdruck bringen:

Beim Durchblättern alter Zeitungen und Zeitschriften fällt mir ein Artikel Ed. Bernstein's „Aus früheren Kämpfen“, Erinnerungen aus der ersten Zeit meiner Parteizugehörigkeit (Neuer Weltkämpfer 1905). In die Hände, welcher heute wieder lesenswert geworden ist. Besonders sind die Ausführungen des letzten Kapitels sehr interessant.

Bernstein erzählt da eine Episode, die ihm, wie er sagt, unvergessen ist. Eines Sonntags waren er und noch acht oder neun Genossen nach Treuenbrietzen gezogen, um dort die erste sozialistische Versammlung abzuhalten. Durch die Nacht des Satzes war der Saal eingetreten, daß 2 bis 300 Spießbürger den Saal besetzt hatten und eine nicht allzu große Zahl von Arbeitern sich ziemlich verlegen an den Wänden herumdrückte. Bernstein fährt dann: „Ich hatte daher das Vergnügen, nach heftigem Vortrage in dem Saal einige Phylakterien auseinanderzusetzen zu müssen, ohne daß die Arbeiter etwas hätten, ihrerseits ihre Meinung kundzutun. Schließlich meißelte sich aber doch ein Arbeiter, ein Maurer, den wir Karl nennen wollen, zum Wort, aber zu einem ganz andern Zweck, als wir, die Kundenwörter und ich, vermuteten. — Was Ihnen Herr Bernstein da gesagt hat,“ hub er an, „ist ganz schön und gut. Aber ich muß Ihnen man bloß sagen, er ist einer von den Eisenhauer „Erlischen“. Wir aber vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein sind die wirkliche Sozialdemokraten, wir sind die Roten.“ Mit diesem stolzen Pronunciamento setzte sich Karl nieder.“

Nachdem Bernstein geschilbert, daß die Betonung der Farbe auf die Versammlungsbefucher keinen tiefen Eindruck gemacht und auch er deshalb den Einwurf ziemlich philosophisch hingenommen habe, fährt er fort: „Nicht so einer der von Kundenwörter mit uns gekommenen Genossen, ein kleiner Weber aus der Nachbarschaft von Chemnitz, namens Simon.“

Kaum hatte Karl das stolze Wort „wir sind die Roten“ verstanden, da hält es unser sächsischen Freund nicht länger, und heftig stieß er im breitesten Sächsisch die Worte hervor: „Glauben Sie es ihm nicht, meine Herren, wir sind noch viel rötere!“

Man muß sich erinnern, wie Bernstein und die seiner Richtung angehörenden Abgeordneten im Reichstage kürzlich gegen die Kriegsgewinnsteuer stimmten, wie sie gegen die Friedensresolution stimmten, um im Lande „rötere“ zu erscheinen, und dann muß man die Schlussfolgerungen, die Bernstein aus der Episode zieht, lesen. Hier sind sie:

„Wie oft ist mir später bei unsern Parteibedenken dieses Bild vor Augen getreten. Dort der mit klumpförmigen Spießbürgern angefüllte Saal, an den Wänden ein noch nicht erwachtes halbentwickeltes Proletariat, und hier zwei Arbeiter, die vor diesem Publikum streiten, wer von den beiden der „Rötere“ ist.“

Und dann weiter:

„Bei manchen Debatten, die wir Ende der 80er Jahre im Londoner Arbeiterbildungsverein mit Anarchisten und sonstigen Sozialrevolutionären pflogen, kam mir plötzlich der Gedanke, sind hier nicht auch wieder Karl und Simon in anderer Person? (Beide gleich ihrer Sache ergeben, beide gleich begeistert, und beide gleich blind für die Natur der sie umgebenden Menschen). kamen mir erregt aus den Sitzungen und wandten uns durch Charlotte Street oder Tottenham Court Road dem Soho-Miertel zu, wie müßig mußte uns im Anblick der Menschen, auf die man stieß, unser Streit erscheinen! Was kam es gegenüber diesem Ozean von Unwissenheit, Vorurteil und Stumpfheit auf die Nuance im Rot an, die wir vertraten.“

Es scheint, bei Bernstein ist diese unvergeßliche Episode in Bergessenheit geraten, oder man muß ihn fragen: warum mußten Karl und Simon wieder auseinandergerissen werden?

Walter Struß.

Soziales

Öffentlich-rechtliche Lebensversicherung auf Kosten der Steuerzahler!

Unlängst wurde mitgeteilt, daß der Provinziallandtag der preußischen Provinz Sachsen gezwungen war, um die im Jahre 1914 erst gegründete Provinzialanstalt des Rappischen Konzerns am Leben zu erhalten, einen Zuschuß von 260 000 Mark zu bewilligen. Diese für die Steuerzahler der Provinz höchst unerquickliche Tatsache hat sich nun in den Provinzen Brandenburg und Posen in ähnlicher Weise wiederholt. Der Provinziallandtag von Brandenburg mußte der öffentlich-rechtlichen Provinzial-Lebensversicherungsanstalt zur Deckung des entstandenen Fehlbetrags 240 000 Mark überweisen, und der Provinziallandtag von Posen hat der dortigen Anstalt eine weitere Störung der Zinsen für das überwiesene Stammkapital nebst Einrichtungskosten gewährt.

Die Großsprecherien der Agitatoren Rapps waren, wie diese Tatsache zeigt, unangebracht. Besser für die Provinzen und die Versicherten wäre die Unterstellung der öffentlich-rechtlichen Anstalten unter die Aufsicht des kaiserlichen Aufsichtsamts.

Die Entwicklung der Volksfürsorge.

Im Monat Dezember sind im ganzen 4029 neue Anträge eingebracht worden, so daß die Zahl der neu gestellten Anträge im ganzen Jahre 1917 auf 38 662 stieg, gegen 29 494 im Jahre 1916 und 10 569 im Jahre 1915. Bei der „Volksfürsorge“-Kriegsteilnehmer-Klasse waren am 31. Dezember 1917 58 869 Kriegsteilnehmer mit genau 90 000 Anteilen versichert, wofür 450 000 Mark eingezahlt waren, die nach Friedensschluß zur Verteilung unter die Hinterbliebenen der gefallenen versicherten Kriegsteilnehmer zur Verfügung stehen.

Berufskleidung

für jeden Handwerksbetrieb

| | |
|--------------------|----------------------|
| Monteur - Anzüge | Fleischer - Jacken |
| Schlosser - Jacken | Buchdrucker - Kittel |
| Schlosser - Hosen | Maier - Kittel |
| Koch - Anzüge | Kellner - Jacken |
| Friseur - Jacken | Kellner - Schürzen |
| Friseur - Mäntel | |

empfehlen in reichster Auswahl zu äußerst mässigen Preisen

Walter & Fleck

Abteilung: Herrenkleidung

Allerdings! Das wird man flüchtig nicht bestreiten können. Zumal, da in der Rubrik Parteimacht die „Leipziger Volkszeitung“ sich noch mit den Chemnitzer „Unabhängigen“ herumschlägt, ob die Bernsteins, Stein und Thormann mit ihrer Herunterstellung oder die Chemnitzer mit ihrer Verherrlichung der Volkswirtschaft recht haben. Es geht eben nichts über eine Partei, die die „Prinzipien“ als sicheren Kompaß hat. Wenn die „Prinzipien“ berart sind wie bei den „Unabhängigen“, fährt sie unweigerlich mit der Stange im Nebel umher.

Deutschland

Die Reichstagsnachwahl von Baugen

Nach den neuesten Meldungen aus dem sächsischen Wahlkreis Baugen-Kamenz gestaltet sich das Ergebnis der Hauptwahl sehr günstig für die Anhänger des Verständigungsfriedens.

Es haben Stimmen erhalten:

| | |
|--------------------------------|---------------------|
| Uhlitz (Soz.) | 8782 (1912: 11 412) |
| Rudor (fortsch.) | 4920 (1912: 7889) |
| Schumann (Konserv. u. Zentrum) | 8853 (1912: 14 054) |

Die Anhänger des Verständigungs-Friedens brachten also in diesem überwiegend ländlichen Kreise 4799 Stimmen mehr auf, als die Gewaltpolitiker. Da die Konservativen diese Wahl zu einem Prüftest für die alldeutschen Eroberungsphantasien machen wollten, so dürfen sie an diesem Ergebnis nicht achtlos vorbeigehen. Es stellt sich immer mehr heraus, daß sie, gemessen an der Arroganz, mit der sie der Wahlkampf heraufbeschworen, eine elatante Niederlage erlitten haben.

Das geht besonders aus dem Vergleich des Anteils der Stimmen an der Zahl der Wahlberechtigten. Dieser Anteil betrug für die

| | | |
|--------------------------|--------------|------------|
| | 1912 | 1918 |
| Sozialdemokratie | 31,3 Prozent | 38 Prozent |
| Fortschrittler | 21,6 | 21,4 |
| Konservative und Zentrum | 38,5 | 38,5 |

Trotz ihrer gewaltigen Agitation in der Öffentlichkeit und im geheimen, trotzdem nach ihrer Meinung das ganze Volk vor Enttäuschung über den „Verzichtfrieden“ und den „Hungerfrieden“ überhäufte, sind sie auf ihrem Prozentanteil stehengeblieben, während die Sozialdemokratie, deren Scheidemann-Frieden angeblich die deutsche Vorherrschaft bedroht, ihren Anteil von 31 auf 38 Prozent steigern konnte. Das heißt: während 1912 von je 100 Wahlberechtigten 31 sozialdemokratisch stimmten, waren es jetzt 38, also sieben auf hundert mehr!

Die Sozialdemokratie hat also als einzige Partei im Kreise einen Gewinn zu verzeichnen. Da aber schon jetzt eine Wahlbeteiligung von über 95 Prozent erzielt worden ist, darf man für die Stichwahl kaum mit Heranziehung von Reservierten rechnen können. Es wird also von dem Verhalten der fortschrittlichen Wähler abhängen, ob der Kreis den Annexionisten wieder zufällt oder ob er für den Anhänger des Friedens gewonnen werden kann. Wie es heißt, gedenkt die fortschrittliche Volkspartei die Stichwahlparole für den Sozialdemokraten auszugeben. Man darf erwarten, daß diese Parole befolgt wird, und das Ergebnis der Stichwahl das Volksurteil über die Gewaltpolitik noch eindeutiger darstellt, als es schon die Hauptwahl getan.

Waldow mit dem Staatsanwalt

Ermittlungsverfahren gegen drei Neutöllner Magistratsmitglieder.

Wie der „Vorwärts“ hört, hat der Staatsanwalt gegen Oberbürgermeister Kaiser und Stadtrat Wier ein Ermittlungsverfahren wegen Hochverratsüberleitung, gegen Stadtrat Adam wegen Sauberehrung eingeleitet. Auch scheint die Absicht zu bestehen, den Magistrat für Ueberschreitungen verantwortlich zu machen, die gar nicht zur Last wurden. So hatte kürzlich die Stadt eine nationale Parade von Waggons mit Weiskohl unter Ueberschreitung des Höchstpreises für 11 Mark per Zentner gekauft. Die Neutöllner sind aber nie in den Besitz dieses Weiskohls gelangt, da die Firma Krupp 17 Mark per Zentner zahlte und damit diese Wagenburg an sich zog. Von einem Verfahren gegen Krupp deshalb ist noch nichts bekannt geworden. Vielleicht will es die Ironie der Weltgeschichte, daß der Neutöllner Magistrat deshalb bestraft und Krupp v. Bohlen für die Fürsorge, die er seinen Arbeitern angedeihen ließ, eine Auszeichnung erhält.

Auch das Kriegsministerium hat sich an dieser allgemeinen Ueberschreitung der Höchstpreise beteiligt. Aus einer Zuschrift erfährt der „Vorwärts“, daß im Kriegsamt in Wittenberg in diesen Tagen Schinken und prächtige Zerkowurst für 14 Mark pro Pfund angeboten und auch reichend Absatz fand. Dazu meint der „Vorwärts“:

Wenn die Staatsanwaltschaft gegen alle diese Behörden und Großbetriebe, die sich der Ueberschreitung der Höchstpreise schuldig gemacht haben, das Strafverfahren einleiten will, so wird unbedingt ein großer Teil der Justizbeamten vom Heeresdienst befreit werden müssen, um diese Fülle von Arbeit erledigen zu können. Oder sollen etwa nur die Neutöllner für ihr mutiges Auftreten als Sünder in die Wüste geschickt werden?

Sollen nur die Bewucherten bestraft werden?

Was geschieht den Wucherern?

Was die „Vaterlandspartei“ darf.

Wir entnehmen der Berliner „Welt am Montag“ folgende bezeichnende Notiz:

In der „Schlesischen Dorfzeitung“ (Wohlauer Kreisblatt) vom 27. November findet sich folgendes Inserat:

Landw. Hausfrauen-Verein.

Sonnabend, den 1. Dezember, nachm. 3 Uhr, Monatsversammlung im „Deutschen Hause“.

Unterweisung von Frau Saabro-Krüger über Verwendung getragener Kleidungsstücke, Anfertigung von Schuhen, über Schnellkocherei und ein Spar- und Arbeitsprogramm.

Geschäftsbericht und Auszahlung.

Vortrag von Herrn Prof. Wende über den „Zweck der Vaterlandspartei“.

Abstimmung behufs Beitritt des Vereins.

Um möglichst vollständiges Erscheinen der Mitglieder wird gebeten. Nichtmitglieder, auch größeren Kindern, ist die Beteiligung in Anbetracht der gemeinsamen Belehrungen gern gestattet. Papier und Schere zur Anfertigung von Schnitten sind mitzubringen.

Der Vorstand.

Wohlau liegt im Bereich des Generalkommandos Breslau, das für seinen Bezirk alle öffentlichen Versammlungen verboten hat, was der Presse wiederholt Gelegenheit zur öffentlichen Erörterung gegeben hat. In Wohlau aber darf Professor Wende, Vorsitzender der Vaterlandspartei und des konservativen Wahlvereins, in öffentlicher Versammlung — vor „Nichtmitgliedern, auch größeren Kindern“ — für die Vaterlandspartei werben. Herr Wende hat übrigens, wie uns aus Wohlau geschrieben wird, auch den Kriegerverein für die Zwecke der Vaterlandspartei mißbraucht. An dem Fickelieren von Einschreibelisten für die Vaterlandspartei im Kriegerverein hat ihn nur der Einspruch eines bekehrten Zentrumsmannes gehindert.

Dem Kriegsministerium sind bereits etwa 21 ähnliche Forderungen mitgeteilt worden. Den Sozialdemokraten verbietet man jede öffentliche politische Versammlung, auch ohne Kinder.

Der Zwiespalt im Zentrum

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das Wochenblatt der katholischen Arbeiter- und Knappengerichte, beginnt einen Artikel in der letzten erschienenen Nummer 2 wie folgt:

„In unserer Zentrumsparlei haben sich in den letzten Monaten immer offener, man kann sagen: immer dreister, Leute hervorgewagt, die sowohl in ihren äußeren wie in ihren innerpolitischen Auffassungen zu den Konservativen gehören und nicht mehr zum traditionellen Zentrum. Diese Leute versuchen mit allen Mitteln, die Parteimeinung in eine Richtung zu lenken, um Zwiespalt in die politische Ueberhebung sogar über das, was die Parteistimmen beschließen und befehlen haben. Zu lange hat man diese Frendeure ihre verheißungsvollen Versprechungen lassen, ohne Einspruch zu erheben. Nun endlich scheint man sich der Auffassung zu nähern, daß es so auf keinen Fall weiter gehen könne, soll nicht die Partei auseinandergerissen werden. Die Luft in der Partei bedarf dringend der Reinigung.“

Diese scharfen Angriffe zielen vor allem auf die Abelsgruppe im Zentrum, die Grafen Bae, Spee, Bae, Strachwitz usw. und den Freiherrn Kerckhoff zur Borg, der die westfälischen Bauern zum Kampf für die „heiligsten Güter“ der feudalen Reaktion aufgerufen hat; sie richten sich aber auch gegen gewisse im Machtbereich der westfälischen Schwerindustrie erscheinende Zentrumsblätter, die eine völlig anexionistisch-deutsche Politik treiben und sich große Mühe geben, den agrarischen Volksfeinden bei der Hintertreibung oder wenigstens Verhinderung des gleichen Wahlrechts hilfreiche Hand zu leisten.

Österreich-Ungarn

Das Wahlrecht für Ungarn

Auch ein Entwurf der Regierung

Nach der neuerdings von der ungarischen Regierung eingebrachten Wahlrechtsvorlage sollen in Zukunft wahlberechtigt sein sämtliche volljährigen 24 Jahre alten, des Lesens und Schreibens kundigen männlichen ungarischen Staatsbürger, die vier Volksschulklassen mit Erfolg besucht haben. Ergänzendes Rechtstitel für diejenigen, die diesen Bedingungen nicht entsprechen, sind mindestens zehn Kronen Staatssteuer, zweijähriger ordnungsmäßiger oder im Kriege geleisteter Militärdienst, der Rang als Unteroffizier, Besitz der Tapferkeitsmedaille oder des Kartruppentrenzes, das heißt achtwöchiger Dienst in der Feuerlinie. Ferner befugtes Treiben von Handel und Gewerbe, mindestens sechsmonatige Anstellung als Arbeiter in einem Gewerbebetriebe oder mindestens dreijährige Anstellung als landwirtschaftlicher Dienstbote. Des Schreibens und Lesens kundige Inhaber der Tapferkeitsmedaille und des Kartruppenkreuzes sind auch unter 24 Jahren wahlberechtigt. Von den Frauen sind wahlberechtigt sämtliche des Lesens und Schreibens kundige, die über 24 Jahre alt sind, falls sie vier Bürgerklassen mit Erfolg besucht haben, seit zwei Jahren ausübende Mitglieder wissenschaftlicher, schriftstellerischer oder künstlerischer Vereine oder familienerhaltende Arbeiterinnen sind. Das Recht der letztgenannten erlischt auch nach der abermaligen Verheiratung nicht. Für Erwerbslose werden Lehrkurse eingerichtet, um ihnen zu dem erwähnten Bildungsgrad zu verhelfen. Wählbar sind sowohl Männer als Frauen, die das Wahlrecht besitzen, 24 Jahre vollendet haben und der ungarischen Staatsprache in Wort und Schrift mächtig sind.

In bezug auf das Wahlverfahren wird im großen und ganzen an den bisherigen Gesetzesbestimmungen festgehalten. Die geheime Abstimmung, die auch schon bisher in den Städten mit Municipalrecht vorgehien war, wird auch auf die Städte mit regerem Magistrat, ferner auf Bezirke, die als Industriezentren dastehen, oder auf einer hohen Stufe der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung stehen, ausgedehnt. In den aus mehreren Gemeinden bestehenden Wahlkreisen werden die Wähler gegen staatliche Vergütung an den Wahlort befördert. Die Verabfolgung von alkoholischen Getränken vor und am Wahltag ist untersagt. Ueber die Neueinteilung der Wahlkreise wird später ein besonderer Gesetzentwurf eingebracht, der gleichzeitig mit dem neuen Wahlrecht in Kraft treten wird.

Bemerkenswert ist namentlich die Gewährung des Wahlrechts, wenn zunächst auch nur in beschränktem Umfang, an die Frauen. Damit ist nun auch von einem mitteleuropäischen Staate die politische Gleichberechtigung beider Geschlechter im Grundgesetz anerkannt worden. Bisher hatte dieser Grundsatz nur in skandinavischen Ländern Geltung erlangt. Allerdings war freilich auch England mit der Zuteilung eines beschränkten Frauenstimmrechts auf jenen Boden getreten.

In sehr vielem hat die Lage in Ungarn große Ähnlichkeit mit der in Preußen. Auch dort kämpfte das Proletariat viele Jahre lang vergebens um sein Wahlrecht. Bis dieser Krieg kam und es sich zeigte, daß die Beherrschung der monarchischen Junker auf ihrer starren Abweisung aller Volkswünsche das Land in die schwersten Krisen stürzen müsse. Und während sich der junge österreichische Kaiser in seiner Eigenschaft als König von Ungarn für die Wahlreform einsetzte und die Berufung eines reformfreundlichen Ministeriums betrieb, verhielten sich die Junker — wiederum genau wie in Preußen — immer noch hochmütig ablehnend. Und da an ihrem Votum das Schicksal der jetzigen Vorlage hängt, wird es auch in Ungarn der ganzen Latkraft der Regierung bedürfen, wenn sie den Junkertroß brechen und die Vorlage in den sichern Hafen bringen will. Der demokratisch gesinnte Wahlrechtsminister Watzong hat zweifellos den starken Willen zum rücksichtslosen Kampf; dieser Wille allein genügt freilich nicht, um die Vorlage Gesetz werden zu lassen. Indessen wird man von Ungarn das selbe sagen dürfen wie von Preußen: daß die unerbittlichen Taktiken des Krieges ebenso unerbittlich die alten aristokratischen Herrschaftsformen zerbrechen werden. Wer sich dieser Entwicklung eigenmächtig widersetzt, wird zermalmt.

Rußland

Die Bolschewiki und die Internationale

Der Rat der Volkskommissare bewilligte zwei Millionen Rubel zur Unterstützung der internationalen Arbeiterbewegung. Seinen Beschluß begründet der Rat folgendermaßen:

„In Anbetracht dessen, daß die Macht der Arbeiterkräfte sich auf die Prinzipien der internationalen Solidarität des

Proletariats und der Brüderlichkeit der Arbeiter aller Länder stützt, daß der Kampf gegen den Krieg und den Imperialismus nur im internationalen Rahmen zum vollen Sieg führen kann, hält der Rat der Volkskommissare es für notwendig, mit allen möglichen Mitteln dem linken internationalistischen Flügel der Arbeiterbewegung aller Länder zu Hilfe zu kommen. Dabei soll absolut keine Rücksicht darauf genommen werden, ob diese Länder mit Rußland verbündet, uns feindlich oder neutral sind.“

Frau A. A. Biccenco

Wer ist das? Unter den Frauen von Welt Ruf wurde der Name noch nicht gehört, und man bestimt sich umsonst auf eine Leistung im Bereich des menschlichen Geistes, die einer Frau A. A. Biccenco zugeschrieben wird.

Frau A. A. Biccenco ist Mitglied der russischen Delegation für die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Ihr Bild prangt als einziges weibliches zwischen den Männerköpfen am langen Beratungstisch von Brest-Litowsk, wo über das Schicksal von fast 300 Millionen Menschen entschieden werden soll.

Ein weiblicher Diplomat also. Das wäre weder neu, noch besonders wichtig. Denn Frauen haben im Zeitalter der Rabinetspolitik eine sehr wesentliche Rolle gespielt. Nur wurden sie stets im Hintergrund gehalten und ihr Einfluß ging meist auf trümmigen Pfaden durch Boudoirs und Alkoven.

Frau A. A. Biccenco ist kein weiblicher Diplomat in diesem alten Sinn. Sie steht im Auftrag des russischen Volkes an ihrem Platz. Im Licht der hellsten Öffentlichkeit und verantwortlich für die Sache wie jeder Mann, den das Volksvertrauen nach Brest-Litowsk geschickt hat.

Kriegsführen und Friedensschließen gelten in Deutschland als Männer Sache, und auch die westlichen Demokraten müssen erst bemerken, daß sie darüber anders denken. Eine Frau, die hohe, für die nächsten Jahrzehnte grundlegende Politik treibt, ist heute bei uns noch eine unmögliche Vorstellung. Welt wie immer noch der Zügelweisheit huldigen, die Frau gehöre ins Haus und dürfe Politik bloß vom ersten Stock in den zweiten Stock treiben.

Dabei ist dieser Krieg eine Angelegenheit, die von den Frauen nicht weniger forciert, als von den Männern, in mancher Richtung vielleicht aber mehr. Daß beim Friedensabschluß auch die Frau eine Stimme hat, eine sehr gewichtige Stimme, wird in Deutschland noch nicht zugegeben. Ueberlegt man doch, ob man das männliche Volk und seine Forderungen anhören will.

Frau A. A. Biccenco ist, so gesehen, ein Gleichnis, eine Mahnung und ein lebendiger Beweis für die Kraft unserer rücksichtslichen Elemente, die sich vor dem Bild eines weiblichen Volkskommissars betrauen wie eine fromme Seele vor dem Teufel. Die deutsche Frau hat sehr viel Grund, darüber ernsthaft nachzudenken.

Die „Unabhängigen“ und die Bolschewiki

Die Organisation der „Unabhängigen“ in Chemnitz hat einen Protest an ihren Parteivorstand geschickt, weil eine Reihe von Zeitartikeln der „Leipziger Volkszeitung“, des Zentralorgans der Saaspartei, die Art angriff, wie die Bolschewiki die Diktatur des Proletariats ausüben. Die Chemnitzer „Unabhängigen“ finden, daß durch diese Haltung der „L. V.“ das russische Proletariat brüskiert und das deutsche verwirrt wird, so daß es dem Beispiel der Bolschewiki nicht mehr zu folgen vermöchte. Die Chemnitzer „Unabhängigen“ scheinen noch nicht begriffen zu haben, daß sie die Parteipflicht haben, unbeschadet der parteitheoretischen Ansicht, die Bolschewiki herunterzureißen, solange diese wirklich dem Frieden mit Deutschland dienen.

Frankreich

Zur Verhaftung Cailaung

Bern, 15. Januar. (M. T. B.) Nach einer Meldung wurde Cailaung nicht in die Infirmierie, sondern in das Gefängnis von La Santé verbracht.

M. T. B. Paris, 15. Januar. (Ag. Havas.) Zur Verhaftung Cailaung schreibt „Patrie“: Die neue Verhaftung wurde in der Kammer knapp vor Mittag bekannt. Die arbeitenden Abgeordneten umringten die Journalisten, die die Nachricht überbrachten. Die Uebrigung war ungeheuer. — Die „Presse“ schreibt: Die Standruhr wird heute um ein sehr bedeutendes Ereignis reicher, um die Verhaftung des früheren Ministerpräsidenten Cailaung. — „Intransigent“ erklärt: Denen, die aus Gewissensbedenken die Entlassung Dubais für unzureichend hielten, gibt die Verhaftung von heute morgen die Antwort. Schwerwiegende Schriftstücke bezeugen die Schuld des früheren Ministers. — „Heure“ sagt: Clemenceau traf gestern eine der wichtigsten Entscheidungen, den früheren Ministerpräsidenten Cailaung zu verhaften. Clemenceau eröffnet so den furchtbaren Prozeß in diesem Kriege. Er übernimmt die höchste tragische Verantwortung. — „Lamps“ berichtet über die Angelegenheit ohne Kommentar und erinnert daran, daß Cailaung in dem Prozeß seiner Frau am 27. Juli 1914 erklärte, daß er nicht mehr als 1 200 000 Franken Vermögen besitze. — „Journal des Debats“ schreibt: Cailaung erfreut sich bis jetzt keiner Vergünstigung. Er wurde in eine gewöhnliche Zelle gebracht.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl. Danzig.
Verlag Volksmacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, S m b 6 Sanktshera i. Br

Swige Feindschaft und endlosen Krieg

will die Vaterlandspartei —

Verständigung und baldigen Frieden

erstreben wir, die Sozialdemokraten!

Wer sich darin mit uns einig weiß, der unterstütze die Partei in ihrem Kampf um die schnelle Verständigung des Völkermordens und werde Mitglied der Organisation! Zu diesem Zwecke sende man nachstehenden Schein ausgefüllt an das sozialdemokratische Parteisekretariat in Danzig, 4. Damm 7.

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zur „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“.

Name:

Beruf:

Genaue Adresse:

Herren-Anzüge

aus Lieferungen der Reichs-
bekleidungsstelle gegen Be-
zugschein „Kriegsanzug“

empfiehlt

J. Rosenbaum

Breitgasse Nr. 128

Abgabe von Lebensmitteln

Es werden verabfolgt:

1. Von Montag, den 21. bis Sonnabend, den 23. Januar 1918:
Auf die Marken der Kartoffelkarte Nr. 33 3 Pfund, Nr. 24
und 35 je 2 Pfund, zusammen also 7 Pfund Kartoffeln.

2. Von Dienstag, den 22. bis Sonnabend, d. 26. Januar 1918:
a) Auf die Marke K 36 der Lebensmittelkarten für Kinder
1 Pfund Runkelrüben.

Auf die Marke K 20 der für die Nachbargemeinden Brentan,
Emmelt, Opa, Wägenwiesen, Groß Baldorf, Klein Baldorf, Groß
Plehnendorf und Klein Plehnendorf ausgegebenen Lebensmittelkarten für
Kinder wird 1 Pfund Runkelrüben verabfolgt.

Tenfelde ist erhältlich in den Kolonialwarengeschäften, in denen
die Anmeldung zur Kundenliste erfolgt ist, und zwar in 1 Pfund-
Packungen zu 55 Pf. und 2 Pfund-Paketen zu 125 Mark.

b) Auf die Marke 28 der Lebensmittelkarten für Erwachsene
125 Gramm Wühlenerzeugnisse.
Die gleiche Menge Wühlenerzeugnisse ist auf die Marke 16
der in den oben genannten Nachbargemeinden ausgegebenen Lebensmittel-
karten für Erwachsene erhältlich.

c) Auf die Marke K 37 der Lebensmittelkarten für Kinder
125 Gramm Grieß.
Zum Bezug der gleichen Menge Grieß in den Nachbar-
gemeinden berechtigt die Marke K 21 der dorthin selbst ausgegebenen
neuen Lebensmittelkarten für Kinder.

d) Auf die Marke 31 der Lebensmittelkarten und auf die Marke
17 der für die landlichen Nachbargemeinden ausgegebenen Lebensmittel-
karten für Erwachsene je 125 Gramm ausländisches Vörrgemüse
zum Preise von 3.10 Mark für das Pfund.

Die von den Händlern bereitgestellten Marken sind den zuständigen
Verteilungsstellen unverzüglich einzureichen.

Danzig, den 18. Januar 1918.

Der Magistrat.

Durch die Bundesratsverordnung vom 22. 11. 1917 (RGBl. 1917,
S. 1083) ist die im § 180 Abs. 2 und 4 der Reichsversicherungs-
ordnung für die Krankenversicherung bestimmte obere Grenze
des durchschnittlichen Tagesentgelts und des wirklichen Arbeitsver-
dienstes von 6 Mark auf 10 Mark erhöht worden.

Dadurch ist eine entsprechende Ergänzung der §§ 15 Abs. I
und II, 44 Abs. I der Satzung erforderlich geworden. Diese lauten
nach dem genehmigten III. Satzungsantrag:

§ 15

1. Die hohen Leistungen der Rasse werden nach einem Grund-
lohn bemessen (§ 180 RGO). Als solcher gilt der nach der
verschiedenen Rechengröße innerweltlich festgesetzte durchschnittliche
Tagesentgelt der Rassenmitglieder bis 10 M. für den Arbeits-
tag. Zur Festsetzung des Grundlohnes werden die Rassen-
mitglieder eingeteilt in solche, deren Arbeitsverdienst für den
Tag beträgt:

| | |
|--------------------------|-------------------------|
| 1. von bis 11 wie bisher | 14. 7.51 M. bis 8.50 M. |
| 12. 5.51 M. bis 6.50 M. | 15. 8.51 „ „ 9.— |
| 13. 6.51 „ „ 7.50 „ | 16. mehr als „ 9.— |

2. Hiernach wird der Grundlohn bis auf weiteres festgesetzt:

| | |
|--------------------------------------|------------------------------|
| für die 1. bis 12. Stufe wie bisher, | |
| für die 13. Stufe auf 7.— M. | für die 15. Stufe auf 9.— M. |
| „ 14. „ 8.— „ | „ 16. „ 10.— „ |

§ 44

1. Die Gehaltsbeiträge werden auf 4,5 vom Hundert des im § 15,
II festgesetzten Grundlohnes, auf 3 teilbar auf- oder abgerundet,
festgesetzt und je für 1 Woche berechnet.

| | |
|---|---------------------------|
| Sie betragen . . . für die 1. bis 12. Stufe wie bisher, | |
| für die 13. Stufe 1.80 M. | für die 15. Stufe 2.43 M. |
| „ 14. „ 2.16 „ | „ 16. „ 2.70 „ |

Der Satzungsantrag ist mit Wirkung vom 30. Dezember 1917
auch hinsichtlich der Bestimmungen für die seit diesem Tage eingetretenen
Entlassungsgehalte in Kraft getreten. III

Der Vorstand
der Allgemeinen Ortskrankenkasse
in Danzig (Sopengasse 52).

Trauer-

Hüte in reicher Auswahl Blusen Handschuhe in billigsten Preisen

Goldstein

Leipzigerstraße 4, gegenüber der Marienkirche

Inventur-Ausverkauf

in unseren Abteilungen

Haushaltwaren
Glas / Porzellan
Bürstenwaren
Holzwaren
Korbwaren
Galanteriewaren

In diesen Abteilungen bringen wir
eine grosse Reihe bei der Inventur
herabgesetzte Artikel zu ausser-
ordentlich billigen Preisen

Beginn des Verkaufs:
Montag
den 21. Januar

Um Besichtigung unserer
Schaufenster wird gebeten

FREYMAN



Uhren

Große Auswahl

in silbernen u. goldenen Damen- u. Herrenuhren

Werkuhren in allen Preislagen

S. Lewy Nflgr.

Uhrmacher, nur Breitgasse 28.

Vortrag im Werkzeughaus

Sonnabend, den 19. Januar 1918, abends 8 Uhr

Prof. Ehringhaus spricht über das Thema:

„Was müssen Stadt und Land voneinander wissen?“

Aussprache.

Jedermann wird zu diesem zeitgemäßen Vortrage eingeladen.

Kartell der christlichen Gewerkschaften
Ortsverband der deutschen Gewerkschaften S. O.
Kartell der freien Gewerkschaften

Bekanntmachung.

Nr. A. 15330 R. P. S.

Id Nr. 623 g.

Am 15. Januar 1918 tritt eine neue Bekanntmachung A. 15330
R. P. S. betreffend

Beschlagnahme und Bestandserhebung von gebrannten und anderen künstlichen Mauersteinen, Dachziegeln aller Art und Drainageröhren aus Ton

in Kraft.

Der Wortlaut ist in den Regierungsamts- und in Kreisblättern
sowie durch öffentliche Anschläge bekannt gemacht worden.

Abdrücke obiger Bekanntmachung sind bei der Kriegsamtsstelle,
Abt. Id., Danzig, kostenlos erhältlich.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,
den 15. Januar 1918.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.

Der kommandierende General.

Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

Wochenplan des Danziger Stadttheaters

Montag, 21. Januar, abends 7 Uhr: „Sedda Gabler“,
Schauspiel von Ibsen.
Dienstag, 22. Januar, abends 7 Uhr: „Der arme
Heinrich“, Lustspiel von H. Pfitzner.
Mittwoch, 23. Januar, nachm. 3 Uhr: „Schneewittchen“.
Abends 7 Uhr: „Zar und Zimmermann“.
Donnerstag, 24. Januar, abends 7 Uhr: „Am Teufels“,
Lustspiel von Glöckner.
Freitag, 25. Januar, abends 7 Uhr: „Der Obersteiger“.
Sonnabend, 26. Januar, abends 7 Uhr: „Wie die Alten
sungen“, Lustspiel von Riemann.
Sonntag, 27. Januar, nachm. 3 Uhr: „Schneewittchen“.
Abends 7 Uhr: „Fidelio“.

Feierstunden

für erwerbstätige Frauen und Mädchen aller Stände
6. Abend, Mittwoch den 23. Januar, abends 7 Uhr
Sitzt in der Aula der Petrischule, Hansaplatz

1. Erweiterter Kriegsbericht. (Mit Lichtbildern)
Herr Landsturmgefreiter Kose.
2. Einzelgelänge und Duette. Konzertsängerin Frä.
Marg. Gelhorn und Frä. Eläre Webel.
3. Holzpantomimantanz, ausgeführt von 6 jungen Mädchen
unter Leitung von Frä. Clara Neumann.
Eintritt 10 Pfennige.

Nationaler Frauendienst.

Echt
getragenen **Schnupftabak** offer-
garent rein.

Julius Gosda, Rohstoffgroßhandlung
und Schnupftabakfabrik,
Danzig, Ede Hätergasse 5 u. 2. Priesterstraße 5. Fernspr. 2428

Schreiben Sie schlecht?

Dann schaffen Sie sich das Werk „Schnellschönschreiben“
an. Auch die schlechteste Handschrift wird in wenigen Stunden
dauernd flott und schön. 80000 Expl. verkauft. Franko 1 Mk.
Nachn. 30 Pf. mehr.

K. KULA, Berlin-Neukölln, Postfach 330.

In Freien Stunden

Verlag Buchhandlung Vorwärts
Wöchentlich ein illustriertes Heft

Preis 15 Pf.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse 32.